

ARBEIT & BILDUNG

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Kärnten

Martin Klemenjak, Heinz Pichler (Hrsg.)

Demokratie in der KRISE, Krise in der Demokratie?!

Dokumentation der „Kärntner Gespräche
zur demokratiepolitischen Bildung 2015“

Donnerstag, 22. Oktober 2015
ÖGB/AK Bildungsforum, Klagenfurt am Wörthersee

Inhalt

Günther Goach Vorwort des Präsidenten der Arbeiterkammer Kärnten	3
Martin Klemenjak/Heinz Pichler Vorbemerkungen zur Tagungsdokumentation	4
Heinz Pichler Transkription des moderierten Gesprächs mit Katerina Anastasiou und Stephan Schulmeister zum Thema „Demokratie in der Krise, Krise in der Demokratie?!“	6
Kathrin Stainer-Hämmerle/Martin Klemenjak Reformideen für die Politik in Zeiten der Krise – Partizipative Demokratie als Lösungsansatz	19
Helmut Arnold/Katharina Zimmerberger Blick über den eigenen Tellerrand: „Die 4. Welt“ im Fokus demokratiepolitischer Perspektiven	28
Helmut Krieger/Josefine Scherling Revolte, Krise und Krieg – Das Ende der Hoffnung in der arabischen Welt	45
Florian Kerschbaumer/Daniel Weidlitsch Globalhistorische Perspektiven auf die Demokratie im 20. Jahrhundert	55
Kurzbiographien der AutorInnen/ReferentInnen	64



Günther Goach
Präsident der
Arbeiterkammer Kärnten

Vorwort

Demokratie wird heute vielfach als selbstverständlich betrachtet. Dabei denkt man jedoch oft allein an das Wahlrecht. Demokratie bedeutet jedoch viel mehr und ist Teil unseres täglichen Lebens, auch wenn uns das nicht immer bewusst ist. Demokratie ist, wie wir Diskussionen führen und Lösungen finden. Demokratie bedeutet Weltoffenheit und Akzeptanz, sie steht für Frieden, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Vor allem aber muss sich Demokratie immer neuen Herausforderungen stellen und immer aufs Neue gelernt werden.

Bereits zum vierten Mal haben im Oktober 2015 die „Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung“ stattgefunden. Sie widmeten sich aktuellen Krisenerscheinungen im demokratischen Gemeinwesen und erforderlichen Änderungsvorschlägen. Die Referate und Diskussionsergebnisse können Sie in diesem Band nachlesen.

Mit dieser Veranstaltungs- und Schriftenreihe möchte die Arbeiterkammer Kärnten einen Beitrag zur Förderung und Stärkung von demokratischen Werten leisten. Die Arbeiterkammer Kärnten bekennt sich klar zu gegenseitigem Verstehen, zu solidarischem Handeln und zu sozialer Gerechtigkeit. Wir bekennen uns zur Demokratie.

Mein Dank gilt unseren Veranstaltungspartnern der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, der Pädagogischen Hochschule Kärnten/Viktor-Frankl-Hochschule, dem Studiengang Soziale Arbeit an der Fachhochschule Kärnten, dem Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung und den Kärntner Volkshochschulen für die erfolgreiche Zusammenarbeit.

Günther Goach
Präsident der Arbeiterkammer Kärnten

Martin Klemenjak/Heinz Pichler

Vorbemerkungen zur Tagungsdokumentation

Im Jahr 2015 wurden die „Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung“ zum dritten Mal im Rahmen einer wissenschaftlichen Fachtagung im Konferenzsaal der Arbeiterkammer Kärnten und im ÖGB/AK Bildungsforum in Klagenfurt realisiert. Der Themenschwerpunkt dieser Veranstaltung lautete wie folgt: „Demokratie in der Krise, Krise in der Demokratie?!“

Das Organisationsteam der „Kärntner Gespräche 2015“ bestand, wie bereits im Jahr 2014, aus VertreterInnen folgender Institutionen: Arbeiterkammer Kärnten, Fachhochschule Kärnten/Studiengang Soziale Arbeit, Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, Pädagogische Hochschule Kärnten – Viktor Frankl Hochschule, Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung, Die Kärntner Volkshochschulen.

Im Mittelpunkt der „Kärntner Gespräche 2015“ standen Krisen und ihre Folgen für das demokratische Gemeinwesen. Diskutiert und reflektiert wurde insbesondere die Frage, wie sich aktuelle Krisenerscheinungen auf unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche wie beispielsweise Soziales, Bildung, Wirtschaft oder Erwerbsarbeitsmarkt auswirken. In diesem Kontext wurden nicht „nur“ regionale Phänomene beleuchtet, sondern bewusst europäische sowie internationale Perspektiven berücksichtigt.

Die hiermit vorliegende Dokumentation versucht sowohl das moderierte Gespräch mit dem Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister und der griechischen Aktivistin Katerina Anastasiou zu verschriftlichen, als auch einen Einblick in die – parallel realisierten – Workshops zu geben.

Zum Aufbau der Dokumentation: Heinz Pichler fasst in seinem Beitrag ausgewählte Inhalte des moderierten Gespräches mit dem Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister und der griechischen Aktivistin Katerina Anastasiou zusammen. Kathrin Stainer-Hämmerle und Martin Klemenjak skizzieren „Reformideen für die Politik in Zeiten der Krise“ und favorisieren – anhand von ausgewählten Beispielen – die „partizipative Demokratie als Lösungsansatz“. Helmut Arnold und Katharina Zimmerberger werfen einen „Blick über den eigenen Tellerrand“ und stellen „die 4. Welt“ in den „Fokus demokratiepolitischer Perspektiven“. Helmut Krieger und Josefine Scherling widmen sich in ihrem Beitrag dem Thema „Revolte, Krise und Krieg – Das Ende der Hoffnung in der arabischen Welt“. Florian Kerschbaumer und Daniel Weidlitsch beschäftigen sich mit „Globalhistorischen Perspektiven auf die Demokratie im 20. Jahrhundert.“

Das Redaktionsteam bedankt sich auch auf diesem Weg bei allen beteiligten Institutionen für deren Unterstützung. Ein besonderer Dank gebührt der Arbeiterkammer Kärnten insbesondere für die Bereitstellung der finanziellen Ressourcen. Nur dadurch war es möglich, eine Fachtagung in dieser Dimension auch umzusetzen.

Heinz Pichler

Transkription des moderierten Gesprächs mit Katerina Anastasiou und Stephan Schulmeister zum Thema „Demokratie in der Krise, Krise in der Demokratie?!“

Heinz Pichler: „Demokratie in der Krise? Krise in der Demokratie“. Ein Thema, das einerseits eine volkswirtschaftliche Sichtweise und eine Analyse der Krisenphänomene und Auswirkungen auf das demokratische Gemeinwesen, andererseits eine sozialpolitische Sichtweise, primär am Beispiel der Situation von Griechenland und eine Sichtweise einer Frau, die auch in der Zivilgesellschaft mit zivilgesellschaftlichem Engagement aktiv ist, aufzeigen soll. Dazu haben wir Dr. Stephan Schulmeister, einen bekannten Nationalökonom und Wirtschaftsforscher in Österreich, sowie Katerina Anastasiou Koordinatorin von der Initiative „change4all“ und sozialpolitische Akteurin, geboren in Athen und seit zwölf Jahren in Österreich, eingeladen.

Was ist das Kernstück der derzeitigen finanzkapitalistischen Wirtschaftskrise in Österreich und auf der Welt? Was ist das Kernstück dieser Krise, die wir derzeit und verstärkt seit dem Jahr 2008 erleben, im Rahmen der Finanzkrise mit den entsprechenden „Rettungspaketen“?

Stephan Schulmeister: Kernstück ist natürlich ein schwieriger Begriff, insbesondere dann, wenn man davon ausgeht, dass eine Krise systemischen Charakter hat. Das heißt, dass es keinen Sinn macht, die Frage zu stellen „Wer ist schuld?“, obwohl das jene Frage ist, die natürlich aufkommt, wenn etwas schlecht läuft. Üblicherweise sind die Schuldigen – die Finanzspekulanten, oder Griechenland, der Euro, der Sozialstaat etc. Man kommt so nicht weiter, wenn die Essenz der Krise sozusagen in der Spielanordnung insgesamt liegt und

welche Frage spreche ich dabei an – jene, die quasi die „Kernenergie des Kapitalismus“ betrifft, nämlich das Profitstreben.

Es ist aber entscheidend, wie die Anreizbedingungen für die Frage „Welche Aktivitäten treibt das Profitstreben an?“ gesetzt sind. In den 1950er bis 1960er-Jahren habe ich eine Spielanordnung gehabt, in der sich das Profitstreben nur in der Realwirtschaft entfalten konnte. Bei festen Wechselkursen, stabilen Rohstoffpreisen, nicht vorhandenen Finanzderivaten, schlafenden Aktienbörsen usw. musste sich das Profitstreben in der Realwirtschaft entfalten und dann entsteht Vollbeschäftigung quasi als Nebenwirkung. An sich haben Unternehmer kein genuines Interesse an totaler Vollbeschäftigung. Wenn sie sich aber sozusagen nur in der Realwirtschaft durch Realinvestitionen entfalten können, passiert genau das. Der Kontrast zu dieser realkapitalistischen Spielanordnung ist jener der letzten 30, 40 Jahre, in der sich das Profitstreben zunehmend auf Umverteilungsspiele konzentriert hat. Solche Spielanordnungen zerstören sich immer selbst. Die Frage ist nur „Wie kann man diesen Prozess der Selbstzerstörung der Spielanordnung verkürzen?“. Da spielt die Frage der Demokratie eine entscheidende Rolle, die im Zuge der Krise in Misskredit geriet, weil die Menschen zu Recht das Gefühl haben – das muss doch auch die Politik verursacht haben – und das hat sie auch, indem sie an diesen Änderungen in der Spielanordnung mitgemacht bzw. nichts geändert hat.

Die Frage „Was ist nun die gemeinsame Basis dieser Krise?“ lässt sich für mich mit der neoliberalen Weltanschauung erklären – diese war viel mehr, als eine rein wirtschaftswissenschaftliche Theorie. Tatsächlich war es ein großer Plan zur systematischen und organisierten Umwandlung der Gesellschaft, zur Zerstörung des Sozialstaates, zur Vertreibung der keynesianischen Ökonomen und zu einer Reduktion der Demokratie im Sinne von einer umfassenden Vorherrschaft des Marktes, der ja als höheres Wesen gedacht wird.

Es ist grotesk, dass sich der Neoliberalismus als eine „Theorie im Namen der Freiheit“ definiert, diese aber gleichzeitig das größte Projekt der Gegenauflärung, der Entmündigung von Menschen bedeutet, weil selbst die gewählten Politiker sich dem höheren Wesen des Marktes zu unterwerfen haben. Und die Katastrophe von Griechenland ist nichts anderes als die Exekution dieser „religiösen“ Anschauung, dass die Meinung der Bevölkerung im Zweifelsfalle nichts zählt, denn der Markt und die Wirtschaftswissenschaftler erklären was zu geschehen hat.

Heinz Pichler: Könnten wir zwei Gedanken noch einmal aufgreifen? Zum einen die „Marktreligiosität“, die in den letzten 40 Jahre als die dominante Wirtschaftslehre verbreitet wurde und zum anderen, die Nichtregulierung von Märkten, die dazu geführt hat, dass sich bspw. dieses finanzkapitalistische System ungezügelt ausbreiten konnte.

Stephan Schulmeister: Ein ganz wichtiger Punkt: Die Wirtschaftswissenschaften sind eine Wissenschaft, die, wenn sie sich durchsetzt mit einem bestimmten Paradigma die Realität verändert. Ein Physiker verändert mit seinem astronomischen Weltbild nicht den Lauf der Gestirne, aber eine wirtschaftswissenschaftliche Theorie, die sich durchsetzt, verändert die Welt. Ich komme aus einer Welt, in der wir 15 Jahre Vollbeschäftigung in ganz Europa hatten, in der es überhaupt keine prekären Jobs gegeben hat, es hat nur vollsozialversicherte Arbeitsplätze gegeben. Natürlich kann ich das realisieren, denn warum sollten wir heute nicht etwas schaffen können, was wir vor 40 Jahren schaffen konnten. Aber das setzt eine Haltung zu gesellschaftlichen Prozessen voraus, die sagt: Das Schicksal des Menschen ist der Mensch! Das bedeutet, wir sind nicht abhängig von höheren Wesen irgendeines Marktes und diese emanzipatorische ökonomische Theorie war natürlich jene von John Maynard Keynes und Karl Marx, die sozusagen daran appelliert haben, dass man etwas tun kann.

In den letzten 40 Jahren wurden, sage ich vereinfachend, die linken Ökonomen immer mehr zu Außenseitern und – ich würde fast meinen, sie haben im Gegensatz zu den Neoliberalen fast gar nichts getan, sondern sie haben auf gut wienerisch „g'motschgeret“ und dann als die Finanzkrise kam – war keiner da der einen Gegenpol aufzeigte, wo man eine Gegentheorie entwickeln hätte können, damit das alles erkennbar wäre, dass der Neoliberalismus die Theorie im Interesse des Finanzkapitals ist und nicht im Interesse der Unternehmer. Diese haben irrtümlicherweise Anfang der 1970er-Jahre den Neoliberalismus als ihre Ideologie übernommen, weil sie sich damals in der Defensive sahen: Die Sozialdemokratie war im Vormarsch, die Gewerkschaft war in der Offensive, Mitbestimmung wurde verlangt und wenn wir schon beim Thema Demokratie sind, Bruno Kreisky war ein wirklich sehr gut situierter, gesetzter, nicht radikaler Politiker, aber wenn er in sonorem Ton gesagt hat: „Ich möchte alle Bereiche der Gesellschaft mit Demokratie durchfluten“, kann ich verstehen, das Unternehmer sich gesagt haben: „Bei mir wird nix durchflutet“. Das ist für mich der Hintergrund der Renaissance des Neoliberalismus, dass in diesen Prozessen der gesellschaftlichen Auseinandersetzung auch die Unternehmerschaft auf eine Theorie gesetzt hat, die ihr in der Praxis eigentlich schadete.

Heinz Pichler: Und diese Auswirkungen einer Krisensituation im neo-liberalen Sinn haben nicht nur Länder wie Griechenland gespürt, sondern auch andere europäische Länder und auch Österreich. Wie diese konkreten Auswirkungen einer derartigen Krise in einem Land nachzuvollziehen sind – würden Sie Frau Anastasiou uns ihren Krisenbefund für ihr Land, für den städtischen und vor allem den ländlichen Bereich, liefern?

Katerina Anastasiou: Vielleicht auch einleitend zurück zum Kernthema des Tages, nämlich Demokratie, denn da sind die Beispiele sehr gravierend. Im Jahr 2010 hat es in ganz Europa plötzlich technokratische Regierungen gegeben, also nicht gewählte Regierungen, die in den Krisenländern die Krisenbewältigung übernommen haben. Das war im Fall Griechenlands die Regierung von Loukas Papadimos. Keiner hat einen Mucks gemacht, als es hieß, die Technokraten sollen übernehmen. Die Demokratie wurde praktisch auch schon im Jahr 2010 abgeschafft.

Im Jahr 2011 gab es die großen Indignados-Bewegungen, also Protestbewegungen in Europas Süden, also in Spanien, in Portugal, in Frankreich, in Griechenland, oder in Italien. Es waren Bewegungen, in der die Menschen mit dem Verlangen für direkte Demokratie mit sehr viel Repression zurückgeschlagen wurden. Es waren hunderttausende Menschen auf der Plaza del Sol in Madrid, hunderttausende Menschen in Griechenland, das hat alles simultan stattgefunden, kurz nach dem „Arabischen Frühling“. Sehr viele junge Menschen, die mit dieser Prekarisierung der Arbeitswelt und mit den Nachfolgen des Neoliberalismus in ihrem Alltag klarkommen mussten, haben die Plätze besetzt und haben gesagt, „...okay, wir müssen jetzt anfangen mitzubestimmen,...“.

Im Jahr 2012 gab es in Griechenland plötzlich Wahlen. Man hat wirklich erleben können, wie die damaligen Wahlen, die Massenmedien, aber auch die europäischen Eliten, klar Position gegen die Linke in Griechenland genommen haben. In diesem Jahr wurden in Griechenland auch die Kollektivverträge abgeschafft – da hat übrigens auch keiner einen Mucks gemacht. Es war wieder der Neoliberalismus, der gekommen ist, um die Krise zu bewältigen, allerdings hat er, der Neoliberalismus per se, die Krise im Sinne der sozialen und politischen Krise in Europa geschaffen oder verursacht. Zusätzliches Detail: 2012 war auch jenes Jahr, in dem die Partei „Goldene Morgenröte“, die sich selbst als nationalsozialistisch nennt, den Weg ins griechische Parlament geschafft hat.

Im Jahr 2013 wurde der öffentliche Rundfunk in Griechenland über Nacht geschlossen. 2014, das war letztes Jahr vor der Übernahme der Regierung in Griechenland von der Partei „Syriza“, gab es noch Jean-Claude Juncker der im ORF wörtlich gesagt hat, „...wir wünschen uns bekannte Gesichter in der griechischen Regierung“, also ja kein Gegenparadigma zu den Entscheidungsträgern, die das Land bisher geführt haben. Ein Paradebeispiel ist das jetzige Referendum, das im Sommer stattgefunden hat: Die Griechen haben sich mehrheitlich für eine andere Art der Wirtschaftspolitik entschieden und die europäische Union hat gesagt, „...na ja, uns wurscht – ihr habt euch zwar für eine andere Wirtschaftspolitik entschieden, die mit sich eine andere Sozialpolitik bringt, es ist egal – das ist der Weg, wir haben allerdings vorentschieden, es ist vollkommen egal...“

Ich will nur erläutern, sobald das Referendum in Griechenland bekannt gegeben wurde, hat die Europäische Zentralbank (EZB) die griechischen Banken abgedreht. Bedenken Sie, Griechenland ist mit geschlossenen Banken ins Referendum gegangen. Man muss sich einmal durch den Kopf gehen lassen, was in Österreich passieren würde, wenn man über Nacht ein Maximum an Abhebebeträgen von 30 Euro stellen würde, wenn plötzlich die Banken für eine Woche geschlossen wären, wenn das Einzige was funktioniert nur noch die Bankomaten in Österreich wären. Dennoch gab es keine Krawalle in Griechenland, die Angst hat nicht überwältigt und die Menschen sind in Griechenland eine Woche danach wählen gegangen und sie haben nein gesagt: Aus mit dem Neoliberalismus, die Reichen müssen endlich bezahlen, der Sozialstaat gehört uns, oder für junge Arbeitslose muss gesorgt werden. Die Antwort der europäischen „Partner“: Nein – ihr sagt nein, wir sagen auch nein. Es ist uns vollkommen egal!

Daraus resultierte, dass die Möglichkeit einer politischen Lösung in der europäischen Union, komplett zerschlagen wurde, weil die Syriza-geführte Regierung auch ein Memorandum unterzeichnet musste, das auch Austeritätsmaßnahmen und weitere Kürzungen in den Subventionen vorsieht usw. Der Neoliberalismus hat hier in Europa sehr viele Probleme verursacht und uns auch sehr, sehr große Lektionen erteilt. Peter Kaiser und Marlies Krainz-Dürr haben in ihren Grußworten zu dieser Veranstaltung über die Grenzen der Demokratie gesprochen. Also, der Neoliberalismus hat uns heuer im Sommer gezeigt, dass für ihn die Demokratie keine Grenzen setzen kann und das ist schon eine sehr wichtige aber auch sehr gefährliche Erkenntnis. Wir dürfen es also nicht zulassen, dass diese „unsichtbare Hand des Marktes“ oder diese „unsichtbare Eliten“, die mittlerweile mehr als die Hälfte des Reichtums der Erde besitzen, über unser Leben entscheiden.

Heinz Pichler: Die neoliberale Wirtschaftsideologie hebt das demokratische Gemeinwesen systematisch aus. Herr Dr. Schulmeister, sie haben in ihrem Buch „Mitten in der großen Krise. Ein New-Deal für Europa“ dafür das Beispiel der Abschaffung von Arbeitnehmerrechten oder die Einschränkungen in der Gesundheitsversorgung erwähnt. Könnten sie in diesem Zusammenhang den Begriff der „Ausserität“, im Kontext einer volkswirtschaftlichen Sicht, näher erläutern?

Stephan Schulmeister: In die alltägliche Sprache übersetzt heißt es: „Den Gürtel enger schnallen!“ Der Staat soll seine Ausgaben senken, die Arbeitnehmer sollen ihre Lohnansprüche senken, die Arbeitsmärkte sollen dereguliert werden. Kollektivverträge gehören wie in Südeuropa abgeschafft. In Deutschland und Ostdeutschland sind nicht mehr als ein Drittel der Arbeitnehmer überhaupt von Kollektivverträgen erfasst. Grund ist der Ausstieg aus der Tarifgemeinschaft, weil Unternehmer sich nicht mehr gebunden fühlen.

Warum hat sich aber so ein Konzept durchgesetzt? Das ist der entscheidende Punkt und das beeindruckende an der neoliberalen Denkstruktur. Ihr Ausgangspunkt ist das Modell von Angebot und Nachfrage am Markt. Dieses Denkschema wird auf alle Probleme wie etwa die Arbeitslosigkeit oder die Beschäftigungslage übertragen. Wenn ich sage der Arbeitsmarkt funktioniert genauso wie der Apfelmarkt, dann kann ich ja beobachten: Wenn ein Äpfelhändler auf seinem Äpfelangebot sitzen bleibt, hat er einen zu hohen Äpfelpreis verlangt und muss das nächste Mal die Äpfel billiger verkaufen. Diesem Beispiel folgend wird gesagt: Wenn die Anbieter von Arbeit, das sind die Arbeitnehmer, auf ihrem Angebot sitzen bleiben, dann haben sie eben einen zu hohen Preis verlangt und die Löhne müssen gesenkt werden.

Dieses einfache Modell ist jetzt die Basis der Politik der Europäischen Union. Das ist die theoretische Basis für die Aussage „weg mit Kollektivverträgen“, weil bei Kollektivverträgen dieser „Marktmechanismus“ ausgehebelt wird, denn die Gewerkschaften verhandeln für alle Arbeitnehmer die Mindestlöhne, die ja quasi einen Preisverfall am Arbeitsmarkt verhindern.

Das Analoge dazu ist jetzt die Sparpolitik, indem man sagt: Wenn ich nur den Marktmechanismus wirken lasse, dann würde die Konkurrenz aller auf den Märkten zum allgemeinen Besten führen. Das ist diese Metapher von der unsichtbaren Hand des Marktes, die letztlich zu Vollbeschäftigung führt, wenn der Staat nicht eingreift. Das für mich schon an Wahnsinn grenzende ist, dass diese Heilsbotschaften

in den Köpfen der Eliten verankert werden konnten, deswegen spreche ich von Marktreligiosität. Es erstaunt mich nach wie vor, dass die Sozialdemokratie nicht die Fähigkeit hatte, die Gefährlichkeit dieser Ideologie für den Sozialstaat zu dechiffrieren oder zu zeigen, was dahinter steckt.

Wenn jemand sagt, im Namen der Marktfreiheit müssen wir Arbeitslosengeld kürzen, müssen wir Pensionssysteme auf die Kapitaldeckung umstellen usw., dann können wir wieder diesen direkten Zusammenhang zwischen neoliberalen Denken und finanzkapitalistischem Interessen erkennen. Wer hat denn ein Interesse, dass ein Pensionssystem auf das absolute ineffiziente und unsichere Kapitaldeckungsverfahren umgestellt wird? Ja natürlich die Akteure des Finanzsektors. Würden wir das Gesundheitswesen wieder privatisieren, wäre das für die Versicherungswirtschaft fantastisch und diese könnte riesige Geschäftsfelder eröffnen.

Vielleicht noch ein kurzer Rückblick: Die jetzige Krise begann eigentlich im Jahr 1971 also vor fast 45 Jahren. Der Prozess der Krisenvertiefung verlief so langsam, dass er den Charakter eines Sachzwangs bekam. Ich vergleiche das gerne mit den Jahren von 1929 bis 1933: Da ist in vier Jahren das passiert, was jetzt in 45 Jahren passiert ist. Ja wenn wir in vier Jahren so einen gigantischen Anstieg der Arbeitslosigkeit gehabt hätten, wäre natürlich mehr Bewegung entstanden, aber so sagt man, „man kann eh nix machen“. Und damit entstand einer der größten Zwischensiege der neoliberalen Ideologie. In die Köpfe der einzelnen hat sich dieser Gedanken eingepflanzt, „...dann muss ich halt selber schauen, das ich weiter komme,..“. Diese Individualisierung, „...ja, okay, ich krieg halt nur einen prekären Job, aber besser als gar nichts und Teilzeitarbeit ist eh nicht so schlecht, ...“, diese „Internalisierung von einer Entmächtigung“ würde ich als ein zentrales Problem benennen.

Das Verhalten der griechischen Bevölkerung ist so unfassbar bewundernswert. Was würde bei uns passieren, wenn Menschen so deklassiert würden wie in Griechenland? Wenn Millionen Menschen nicht einmal eine soziale Krankenversicherung mehr haben? Dieses Verhalten der griechischen Bevölkerung, diese Selbstemanzipation ist wiederum etwas, das mir große Hoffnung gibt.

Heinz Pichler: Die Frage wäre, ist man gegenüber dieser „Marktreligiosität“ ohnmächtig oder gibt es da irgendeine Alternative? Wie ist es überhaupt möglich, dass ein Volk solche Demütigungen überhaupt ertragen kann, ohne dass es eine Revolution gibt?

Katerina Anastasiou: Wie Stephan Schulmeister gerade gesagt hat, kann das Pendel in zwei Richtungen schlagen. Zum einen die Situation in den Balkanländern wie bspw. Ungarn, wo es den Menschen nicht viel besser geht, aber Schuld dafür sind nicht sie selbst, sondern die Art und Weise wie die Politik mit diesen Ländern umgegangen ist bzw. was für ein Wirtschaftsplan da durchbrochen wurde. Man kann sagen, solche Länder können komplett neoliberal werden, was für mich Hand in Hand mit Konservatismus geht.

Das Pendel kann auch in die progressive Richtung schlagen. Die Frage ist aber: Was passiert jetzt, wenn sich ein Volk, wie in Griechenland, für eine alternative, sozialgerechte, solidarische Politik entscheidet, aber von der Europäischen Union wieder einen Engpass bekommt. Kann man eine Revolution ausschließen oder wäre in dem Fall eine Revolution etwas Schlechtes? Ich denke mittlerweile, entweder es entsteht eine Situation, in der sehr autoritäre Regierungen und Eliten die Entscheidungen für uns treffen oder, wir werden rebellieren und uns sagen: Nein, so geht es einfach nicht weiter! Welche Formen das annehmen wird, werden wir sehen; wir müssen uns aber jetzt entscheiden für welche Seite wir weiter kämpfen werden.

Dieses neoliberale Paradigma setzte sich die letzten 40 Jahre in der Gesellschaft durch. In Griechenland haben wir uns allerdings nur innerhalb von fünf Jahren anpassen müssen. Die Arbeitslosigkeit war in Griechenland vor der Krise bei acht Prozent, weniger als in Österreich. Die Menschen meiner Generation, ich bin 32 Jahre alt, stehen mit fast 60 Prozent Arbeitslosigkeit da, und jene, die überhaupt keine Arbeit bekommen, arbeiten meistens am Schwarzmarkt. Was ist das für eine Zukunftsperspektive? Das führt dazu, dass 400.000 junge Menschen mit einer guten Ausbildung das Land verlassen mussten. Griechenland ist eine serviceorientierte Wirtschaft, der Tourismus funktioniert passabel, Landwirtschaft und die Industrie sind allerdings komplett zerstört. Man will also nur hoffen, dass das Pendel, damit etwas passiert, auf die linke Seite schlägt. Die andere Seite ist sehr, sehr dunkel und wird uns viele Jahrzehnte zurückwerfen. Ich will keine Rückkehr in die Vergangenheit. Ein persönliches Anliegen meinerseits ist, dass die Menschen meiner Generation auch von der Gewerkschaft und der Arbeiterkammer vertreten werden. In Griechenland gab es in den letzten Jahren 29 Generalstreiks. Die Arbeitslosen wurden dabei nicht vertreten. Man erwartet sich von Ländern wie Österreich, wo das soziale Netz irgendwie noch funktioniert, dass auch die prekären ArbeitnehmerInnen und die Arbeitslosen gut vertreten werden und die junge Generation in die demokratischen Entscheidungen miteinbezogen wird.

Heinz Pichler: Zu diesem Anliegen einer umfassenderen Vertretung all jener Menschen die von Arbeitslosigkeit oder prekären Beschäftigungsverhältnissen betroffen sind, haben die Gewerkschaften einige interessante Projekte gestartet. Wenn ich Sie richtig verstanden habe: Sie als sozialpolitische Aktivistin, die auch zivilgesellschaftliche Aktivitäten setzt, möchten mehr solidarisches Miteinander, wie den Aspekt der Selbsthilfe stärken, um auch gemeinschaftliche Projekte und auch eine klare Absage gegenüber diesen nichtregulierten neoliberalen Marktmechanismen?

Katerina Anastasiou: Mehr oder weniger ja. Zu solidarischer Gesellschaft ein Beispiel: Wir leben in einer Zeit, in der man um die eigenen Wörter kämpfen muss. Angelika Merkel oder Wolfgang Schäuble sagen, sie sind gegenüber Griechenland solidarisch. Allerdings, die Europäische Union war gegenüber Griechenland nicht wirklich solidarisch. Wieso? Weil Griechenland bis Juli sehr hohe Zinsen und Kredite zurückbezahlt und fast jeder „Staat“ von diesen Zahlungen profitiert hat.

Wenn ich jemandem gegenüber solidarisch bin, empfinde ich mich selber als jemanden der nur glücklich sein kann, wenn der neben mir glücklich ist und ich helfe dieser Person ohne etwas zurück zu erwarten, so verstehe ich zumindest Solidarität. So hat Solidarität innerhalb der griechischen Gesellschaft funktioniert. Das war wahrscheinlich der gravierende Unterschied zu anderen Ländern. In Griechenland sind bspw. in der Krise hunderte von Solidaritätsinitiativen entstanden, in denen Menschen in Form von Nachbarschaftshilfen aktiv waren.

Heinz Pichler: Herr Dr. Schulmeister, abschließend ihre Lösungsansätze in Ihrem New Deal aus der zivilgesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Perspektive. Sie beschreiben dreizehn konkrete Forderungen für Österreich. Aber die Kernbotschaft gegen diese neoliberale Vorherrschaft lautet: Verteilungsgerechtigkeit, Umverteilung und Regulierung der finanzkapitalistischen Märkte und entsprechende Zahlungen für das Sozialwesen z.B. in Form einer Finanztransaktionssteuer. Wäre das eine zentrale Forderung?

Stephan Schulmeister: Es geht um die Lösung eines Navigationsproblems. Ich kann eine Standortbestimmung im Prozess der gesellschaftlichen Entwicklung nur auf Basis eines Orientierungssystems vornehmen. Das ist die Voraussetzung, um mit langem Atem handeln zu können. Mein Grundmodell geht in die Richtung, dass dieses Phänomen der sogenannten langen Zyklen anders zu erklären ist, als

es in der herrschenden Theorie durch technischen Fortschritt gemacht wird. Ich gehe eher davon aus, dass wir so etwas wie unterschiedliche kapitalistische Spielanordnungen haben. Beispiel 1920er-Jahre: Börsenboom, Börsenkrach, Krise. In der Krise werden diese neoliberalen Rezepte wirksam – Sparpolitik, Lohnkürzung usw. bis zum Wirtschaftskrieg der Länder gegeneinander. Das führt in die Weltwirtschaftskrise und die Talsohle im langen Zyklus. Die Talsohle im vorherigen Zyklus dauerte von 1873 bis 1890. Der nächste Zyklus war von 1929 bis 1949. Dann kommt die realkapitalistische Aufschwungsphase bis in die 1970er-Jahre. Jetzt sind wir mitten in der Talsohle – wo genau hängt von unserem Handeln ab. Sehr schnell kommt man aus solchen Krisen nicht heraus. Ich erinnere mich 2008 als die Lehman Bank Pleite ging, als das Weltfinanzsystem an der Kippe stand, da schrieben selbst konservative Chefredakteure in der FAZ: „Der Neoliberalismus ist am Ende“. Das hat mir einen großen Heiterkeitsanfall beschert, weil mir völlig klar war, eine Ideologie die 40 Jahre gebraucht hat, die Köpfe zu erobern, die geht unmöglich, auch nicht durch einen noch so heftigen Finanzschock, aus den Köpfen wieder raus. Und ab März 2009, als die Aktienkurse wieder zu steigen begannen, setzte das ein, was eben Sigmund Freud den Abwehrmechanismus der Verleugnung und Verdrängung nennt – auf gut wienerisch, „sagen wir es war nix und wir machen weiter wie vorher“, es geht wiederum mit Aktienboom und ähnlichem voran. Wenn man nach einem Finanzschock weitermacht wie bisher, vertieft sich die Krise immer mehr.

Über Sparpolitik und Lohnkürzungen haben wir bereits gesprochen. Deshalb ist der Lernprozess auch so schwierig, wenn eine Krise 40 Jahre gebraucht hat, um sich zu vertiefen, dann bedeutet das, dass die Therapie der Eliten Teil der Krankheit sind. Aber ein Arzt, der selber der Überträger der Krankheit ist, ist der Letzte der das erkennen kann bzw. zugeben würde. Deshalb wurde Griechenland als Sündenbock gefunden. Der Sündenbock im Alten Testament war ein Schuldentlastungsritual. Einmal im Jahr hat man die eigenen Sünden auf einen Ziegenbock übertragen und der wurde dann in die Wüste geschickt – Griechenland sozusagen aus dem Euro rausgeschickt. Erschreckend zu sehen, wie Zeitungen und Politiker die Griechen als „faul“ oder „nervend“ bezeichneten. Die Griechen hatten eine Schuldentlastungsfunktion. Es war natürlich ideal, denn: Der Staat ist in Griechenland tatsächlich in einem eher desaströsen Zustand, der Staat hat extrem falsche Budgetdaten geliefert, was die neoliberale Grundthese bestätigt: der Staat ist schuld. Das oberste Prinzip zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit war: Arbeit muss billiger werden, Arbeitsmärkte müssen dereguliert werden, kollektive Lohnbildung

darf es nicht geben – in keinem Land wurde diese Therapie so extrem durchgeführt. Die Arbeitslosigkeit ist natürlich nicht gesunken, wie die Neoliberalen sich das vorstellen, im Gegenteil, sie ist kometenhaft gestiegen.

Oder nehmen wir die Kürzung des Sozialstaates her – nach der neoliberalen Theorie „Crowding-out“ Hypothese, tendiert eine freie Marktwirtschaft zur Vollbeschäftigung. Es meint, der böse Staat hat die Privatwirtschaft herausgedrängt. Die Theorie lautet, wenn sich der Staat zurückzieht, können sich die Unternehmen frei entfalten und es kommt zu einem Wirtschaftsaufschwung. Aber es ist genau das Gegenteil passiert. Wir wiederholen in anderer Form die konkreten Erfahrungen von 1929 bis 1933, nur bezogen auf Südeuropa, speziell Griechenland, während hingegen Deutschland seit 2008 still und leise einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel vollzogen hat. Denn Deutschland macht genau das Gegenteil von dem, was es den Südeuropäern vorschreibt. Die Löhne steigen seitdem stärker, der Staat hat seine Ausgaben wie Kurzarbeitergeld, Abwrackprämie, Kindergeld erhöht. Weil Deutschland diese primitiv-keyensianischen Rezepte anwendet und den Südeuropäern die neoliberale Hungerkur verordnet, steht es besser da. Warum bringe ich das? Weil ich glaube, dass die Ergebnisse der Neoliberalpolitik wirklich so desaströs sind, dass es langsam Zeit für eine massive Gegenoffensive wäre.

Damit bin ich jetzt beim New Deal und vergleiche die Situation mit jener von Roosevelt im Jahr 1933. Warum? Krise ist ein langdauernder Zustand, wo das Alte nicht mehr funktioniert, aber das Neue noch nicht gefunden ist. Ein gutes Beispiel für Roosevelt'sche Politik: Als er am 1. März 1933 inauguriert wurde, hat er gesagt, „...ich muss innerhalb weniger Monate für hunderttausende arbeitslose Jugendliche eine Beschäftigung finden.“ Natürlich geht das nicht in einem ökonomisch effizienten Sinn, aber, da er wusste, Ökonomie hat viel mit Psychologie zu tun, ökonomische Depression hat viel mit sozialpsychologischer Depression zu tun, da hat er einen „Civilian Conservation Corps“ gegründet, um für hunderttausende Jugendliche im Rahmen der Nationalparks eine Beschäftigungsmöglichkeit zu schaffen. So hat Roosevelt dieses marktliberale Entmündigungsdogma, „man kann nix machen“ gedreht, indem er zeigte, dass durch eine politische Intervention sehr wohl ökonomische Probleme bewältigt werden können. Das Erste was Roosevelt getan hat, war die Finanzalchemisten an die Kandare zu nehmen. Er hat die Banken sofort für eine Woche zugesperrt. Durch seine berühmten Radioansprachen ist es ihm gelungen, der Bevölkerung zu erklären, warum das notwendig ist. Es kam zu keiner Panik, sondern die Finanzspe-

kulation wurde aus dem normalen Bankengeschäft in die Investmentbanken ausgelagert.

Was wäre in der heutigen Zeit ein New Deal? Mit New Deal meine ich diesen pragmatischen Zugang. Ich muss von den konkreten Problemen der Menschen ausgehen und mir die Frage stellen: „Wie kann man reale Problemlagen vermindern und Hoffnung schaffen, so dass es auch ökonomisch einen Sinn macht?“ Ganz wichtig wären mir Arbeitszeitmodelle, denn das Problem der prekären Beschäftigung kann ich nur dort lösen, wo die Wirtschaft noch nicht boomt. Der Grundgedanke ist: Ein Ehepaar, das jeweils 40 Stunden berufstätig ist, würde gerne 30 Stunden arbeiten, um ihrem arbeitslosen Kind einen Beruf zu ermöglichen. Das ist auf der Mikroebene natürlich so nicht lösbar, aber auf der Makroebene systemisch schon. Wenn ich mir Modelle denke wie Arbeitszeitkonten systematisch umverteilt werden, an jüngere Leute, da sehe ich eine Möglichkeit.

Das faszinierende an Roosevelt ist für mich, dass er ein anteilnehmend-denkender Mensch gewesen ist. Als Empiriker bin ich sehr skeptisch, was revolutionäre Versuche betrifft, Dinge zu verbessern. Daher habe ich eine gewisse Präferenz für das evolutionäre, aber mit radikalen Zielen. Die Utopie braucht man als Orientierung, wohin man will, aber man muss sich den Mühen des Alltags unterziehen.

Heinz Pichler: „Nur noch Utopien sind realistisch“, lautet der Titel eines Buches von Oskar Negt und zusammenfassend zu ihrem Buch, in dem beschrieben ist, dass Krisen auch Chancen beinhalten um Neues zu erfinden und durchzudenken; es endet mit einem Plädoyer das so lautet: „Letztlich dient ökonomisches Handeln als Unternehmer, Arbeitnehmer oder als Politiker ja eigentlich nur einem Zwecke, die Bedingungen zu schaffen, dass gutes Leben gelingen kann, als Individuum, aber auch als soziales demokratisches Wesen“. Eine Buchempfehlung, in der diese Grundgedanken ausführlicher beschrieben sind, die Sie in fantastischer Weise in dieser Kürze vorge tragen haben. Ich möchte abschließen mit einigen Kurzaussagen und sie bitten, diese zu Ende zu führen.

Heinz Pichler: Ich bin ein politischer Mensch weil...

Katerina Anastasiou: ...ich in einer Gesellschaft lebe. Ich kann nicht unpolitisch sein, das gibt es nicht.

Heinz Pichler: Demokratie bedeutet für mich...

Stephan Schulmeister: ...die Möglichkeit für jeden sich am Prozess der politischen Willensbildung und der Veränderung der Gesellschaft zu beteiligen.

Heinz Pichler: Der größte Feind der Demokratie ist...

Katerina Anastasiou: ...Delegation von Macht an Größere oder Stärkere, also nicht mitzuwirken.

Heinz Pichler: Eine soziale Krisenbewältigung ist möglich durch...

Stephan Schulmeister: ...organisierte Solidarität – der Sozialstaat ist das beste Beispiel für eine systematisch organisierte Solidarität und das bedeutet, wie es der Landeshauptmann übrigens gesagt hat, dass der individuelle Eigennutz und mein Eigennutz als soziales Wesen sich nicht widersprechen. Es geht mir als Reichen auch besser, wenn ich nicht alle 20 Meter einen Bettler sehe.

Heinz Pichler: Austeritätspolitik bedeutet für mich...

Katerina Anastasiou: ...sicherlich keine Lösung der Krise, sondern die Ursache der Krise.

Heinz Pichler: Demokratiepoltische Bildung bedeutet für mich oder wäre für mich...

Stephan Schulmeister: ...Aufklärung, Aufklärung, Aufklärung nach dem Leitmotiv des Herrn Hegel – die Wahrheit ist konkret.

Heinz Pichler: Eine Finanztransaktionssteuer wäre wichtig weil...

Katerina Anastasiou: ...endlich die zur Kassa gebeten werden sollten, die was am Konto haben.

Diese Transkription des einstündigen Gesprächs wurde für diese Publikation gekürzt. Einige Passagen wurden zur besseren Lesbarkeit umformuliert aber im Kern der Aussage weitestgehend beibehalten. Der Text wurden von den GesprächspartnerInnen in dieser Form freigegeben.

Kathrin Stainer-Hämmerle/Martin Klemenjak¹ Reformideen für die Politik in Zeiten der Krise – Partizipative Demokratie als Lösungsansatz

Die Vertrauenswerte von PolitikerInnen in Österreich – insbesondere jener der Regierungsparteien – befinden sich seit Jahren auf Tal-fahrt. Der APA/OGM-Vertrauensindex im Juni 2015 zeigte für den damaligen österreichischen Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) einen negativen Saldo aus den Antwortmöglichkeiten „Vertraue ich“ bzw. „Vertraue ich nicht“. Insgesamt fanden sich sechs österreichische Regierungsmitglieder im Minusbereich, acht Regierungsmit-glieder hatten hingegen knapp positive Werte. (Vgl. OGM 2015, o. S.) SPÖ und ÖVP, die noch bis 1990 gemeinsam über 80 Prozent der WählerInnen-Stimmen auf sich vereinen konnten, schafften bei der jüngsten Nationalratswahl 2013 lediglich 50,8 Prozent und erreichen in aktuellen Umfragen zusammen keine absolute Mehrheit mehr. So könnte diese Regierungskonstellation, die ehemals in Österreich als die Große Koalition bekannt war, die letzte ihrer Art gewesen sein.

Steigende Distanzierung von der Politik

All diese Zahlen drücken eine Entwicklung aus, die nicht nur in Österreich stattfindet. Das Vertrauen in die Leistungen des politi-schen Systems generell und in ihre Eliten speziell schwindet euro-paweit. Ursachen sind eine weitgehende Partikularisierung der Interessen innerhalb der Gesellschaft, Misstrauen auch gegenüber den Medien und ihren Informationen, gepaart mit einer permanenten

¹⁾ Der vorliegende Beitrag wurde von Kathrin Stainer-Hämmerle verfasst. Der Exkurs zum Thema Volksabstimmung, -befragung und -begehren sowie das Resümee stammen von Martin Klemenjak.

Beobachtung zahlreicher politischer Nebenschauplätze, sofern sich die Themen skandalisieren lassen, sowie die schwindenden Handlungsspielräume der Politik. Am Beispiel Asyl- und Migrationspolitik lassen sich diese Trends in allen europäischen Ländern beobachten.

Zentrales Element der Wahlkampagnen von neuen Parteien ist meist die strikte Ablehnung eine traditionelle Partei zu sein und die Selbstdarstellung als (Bürger-)Bewegung. Die SpitzenkandidatInnen sehen sich demzufolge nicht als PolitikerInnen, sondern als engagierte BürgerInnen, als Menschen aus der Mitte der Bevölkerung. Der Hauptauftrag lautet zumeist: Kampf gegen das Polit-Establishment. Damit stellen sie die Notwendigkeit von Parteien und gewählten MandatarInnen in Frage und so in weiterer Folge wichtige Grundlagen der Demokratie.

Eine Weiterentwicklung der Demokratie kann auf diese Weise daher nicht stattfinden. Vielmehr mündet die hohe Bereitschaft der WählerInnen aus Protest ihre Stimme zu vergeben, in einem rasanten Kommen und Gehen von neuen Parteien, in einem noch kurzfristigeren Agieren von PolitikerInnen, die sich kaum mehr auf StammwählerInnen und Kontinuitäten im Wahlverhalten von gesellschaftlichen Gruppen und daher auf längerfristige Strategien stützen können. Die Zuwächse von rechts- als auch linkspopulistischen Parteien bei Umfragen und Wahlgängen verengen für traditionelle Parteien entweder die Möglichkeiten stabile Koalitionen zu bilden oder sie erliegen dem Druck, inhaltlich auf die Forderungen der Populisten einzugehen. Folge ist jedenfalls eine weitgehende Polarisierung in der Bevölkerung, unter der insbesondere die Möglichkeiten der Umsetzung von politischen Entscheidungen leiden. Am Beispiel der Flüchtlingswelle im Sommer 2015 ist eine Entwicklung von parallelen politischen Kulturen in der Gesellschaft gut erkennbar: Einerseits jene mit entwickelter Staatsbürgerkultur, die bereit waren ankommenden Schutzsuchenden zu helfen und so Demokratie und staatliche Strukturen – mit ihrem Engagement als BürgerInnen – zu unterstützen. Andererseits jene „Politikverdrossenen“, die starke Ängste vor den Entwicklungen haben und sich von den politischen Institutionen allein gelassen fühlen bzw. sich nach einem „starken Mann“ sehnen, der für Ordnung sorgt.

Direkte Demokratie genügt nicht

Als Alternative zu etablierten Formen der politischen Beteiligung und als ein Weg, die Bevölkerung und politischen Eliten wieder einander

näher zu bringen, wird meist der Ausbau der direkten Demokratie diskutiert. In Österreich sind auf Bundesebene drei Instrumente bekannt: Die Volksabstimmung, die Volksbefragung und das Volksbegehren. (Vgl. BMI 2014, o. S.) In der Geschichte der Zweiten Republik haben bisher zwei Volksabstimmungen stattgefunden. 1978 lehnte die Bevölkerung knapp die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Zwentendorf ab, und 1994 befürworteten zwei Drittel der ÖsterreicherInnen den Beitritt zur EU. Die erste Volksbefragung auf Bundesebene fand erst 2013 statt. Dabei wurde die Einführung eines Berufsheeres abgelehnt. Volksbegehren gab es hingegen bereits 38, zwei der letzten drei übersprangen aber nicht einmal jene 100.000-Unterschriften-Marke, die für eine Behandlung der Anliegen im Nationalrat erforderlich ist. Allerdings „verstauben“ auch die zumindest anhand der Unterstützung erfolgreicherer Volksbegehren mehr oder weniger in den Schubladen von Parlament und Parteien. Das ist ein weiterer Grund, warum der Glaube der Bevölkerung in die Veränderungskraft der direkten Demokratie verloren gegangen ist.

Exkurs: Volksabstimmung, -befragung und -begehren

Bei der Volksabstimmung wird von der wahlberechtigten Bevölkerung in einer Sachfrage eine verbindliche Entscheidung getroffen. In diesem Kontext stimmt der Nationalrat über eine Gesetzesmaterie ab und beschließt, dass dieses Gesetz einer Volksabstimmung unterzogen wird. Volksabstimmungen können verfassungskonform zu jedem Gesetzesbeschluss des Nationsrates realisiert werden, wenn dies von einer Mehrheit des Nationsrates beschlossen wird. Grundsätzlich kann zwischen fakultativen und obligatorischen Abstimmungen unterschieden werden. Unter der erst genannten Form ist eine Abstimmung zu verstehen, die von der Verfassung nicht zwingend vorgesehen ist (z. B. Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf im November 1978). Obligatorische Volksabstimmungen (z. B. über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union im Juni 1994) sind im Falle einer Gesamtänderung der Bundesverfassung und im Falle der Absetzung des Bundespräsidenten durchzuführen und somit im B-VG normiert. (Vgl. Pelinika/Rosenberger 2007, S. 85f)

Eine bundesweite Volksbefragung ist seit dem Jahr 1989 vorgesehen. Es besteht die Möglichkeit, dass eine Volksbefragung auf Bundesebene zur Meinungsbildung über eine grundsätzliche Angelegenheit mit gesamtösterreichischer Bedeutung auf Antrag von

Mitgliedern des Nationalrates oder der Bundesregierung und nach Beschluss des Hauptausschusses realisiert wird. Ebenso wie bei der Volksabstimmung handelt es sich auch bei der Volksbefragung um ein Top-Down-Instrument. Das Ergebnis einer Volksbefragung ist für den Nationalrat nicht bindend. Trotzdem kann gesagt werden, dass Volksbefragungen – die insbesondere auf kommunaler und regionaler Ebene Anwendung finden – realpolitisch starke Instrumente sind. Erfahrungsgemäß sind diese wirksamer als Volksbegehren. In der Vergangenheit setzte sich kein gesetzgebendes Organ über das Mehrheitsergebnis einer Volksbefragung hinweg. (Vgl. Pelinka/Rosenberger 2007, S. 86)

Idealtypisch handelt es sich bei Volksbegehren um Instrumente in den Händen der wahlberechtigten Bevölkerung zur Initiierung eines Gesetzes. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass der Gegenstand eines Volksbegehrens eine durch Gesetz zu regelnde Angelegenheit zu sein hat. Bei bundesweiten Volksbegehren hat ein Promille der Gesamtbevölkerung das Einleitungsverfahren zu unterstützen (ca. 8.000 WählerInnen). Im Anschluss an das Einleitungsverfahren wird vom/von der BundesministerIn für Inneres der Termin der Eintragungswoche festgesetzt. Erfolgreich ist ein Volksbegehren im verfassungsrechtlichen Sinne dann, wenn 100.000 Unterschriften erreicht werden; in diesem Fall ist im Parlament eine Debatte über den geforderten Inhalt verbindlich. Dabei handelt es sich um den primären Effekt. Jedoch ist anzumerken, dass der Gesetzgeber nicht verpflichtet ist, eine rechtliche Entscheidung im Sinne des Begehrens herbeizuführen. Zusätzlich sind hinsichtlich der Beurteilung des Erfolges eines Volksbegehrens auch die sogenannten sekundären Effekte zu berücksichtigen. In diesen Kontext können beispielsweise Folgende genannt werden: Die politische Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung, die Artikulation eines Themas oder die Mobilisierung der Parteibasis. (Vgl. Pelinka/Rosenberger 2007, S. 87)

Bürgerräte mit vielen Vorteilen

Als neuer Weg, die Bevölkerung wieder für Politik zu interessieren und sie in konstruktiver Form einzubinden (anstatt nur kurzfristig aus Proteststimmungen politisches Kapital zu schlagen), sind Methoden der partizipativen Demokratie wie Bürgerräte. Der innovative Gehalt und vor allem die Unterschiede zur direkten Demokratie sind schnell aufgezeigt.

Erstens: Zu einem Bürgerrat kann man sich nicht melden. Die teilnehmenden Personen werden nach dem Zufallsprinzip (z. B. aus dem Melderegister) ausgewählt und eingeladen. Somit wird verhindert, dass sich hauptsächlich Besser-Gebildete und Besser-Verdienende politisch beteiligen – wie es bei freiwilligen Formen des politischen Engagements meist der Fall ist. Ein Bürgerrat besteht auch nicht dauerhaft aus denselben Vertretern, sondern wird nach jedem erstellten Gutachten wieder aufgelöst bzw. neu bestellt.

Zweitens: Die BürgerInnen treffen sich für zwei Tage (z. B. an einem Wochenende), um gemeinsam ein Thema zu erörtern. Das Engagement ist daher zeitlich und meist auch thematisch begrenzt und vom Aufwand abschätzbar. Um sich einzubringen wird kein jahrelanges Erscheinen etwa bei Sitzungen erwartet.

Drittens: Der Bürgerrat soll nicht bestehende politische Einrichtungen ersetzen, sondern diese ergänzen. Die Einführung von partizipativer Demokratie erfolgt nicht anstatt der repräsentativen oder direkten Demokratie, sondern anlassbezogen und passend, aber immer zusätzlich.

Viertens: Der Bürgerrat trifft keine Entscheidungen, sondern spricht Empfehlungen aus und dient somit der Entscheidungsvorbereitung. Die Entscheidungsgewalt, aber auch die Rechtfertigung dafür, bleibt bei den gewählten MandatarInnen, denn nur sie können regelmäßig bei Wahlen für ihre Entscheidungen zur Verantwortung gezogen werden.

Fünftens: Als Ergebnis des Bürgerrates wird eine einstimmige, gemeinsame Erklärung verfasst, die öffentlich erörtert werden kann. Ziel eines partizipativen Prozesses ist es nicht, eine Mehrheit über eine Minderheit abstimmen zu lassen, auch der Konsens über Dissens ist möglich. Es soll versucht werden, alle Interessen und Anforderungen möglichst in einem gemeinsamen Papier darzustellen. Auf diesem Wege führt partizipative Demokratie – anders als die direkte – nicht zu weiterer Polarisierung innerhalb der Bevölkerung, sondern fördert die Suche nach dem gemeinsamen Kompromiss.

Komplexe Themen besonders geeignet

Der Bürgerrat eignet sich für unterschiedliche Zielsetzungen: Zur Information, zur Konsultation oder zur Mitbestimmung. Er empfiehlt sich aber besonders für komplexe Fragestellungen, bei denen ganz

unterschiedliche Interessen aufeinander treffen. Mögliche Einsatzgebiete sind das Sammeln von Ideen und die Bündelung von Kommunikation und Energien, das Entwickeln von Visionen und die Gestaltung der Zukunft, die Bearbeitung von Konflikten und die Integration von Standpunkten, das Einholen von Meinungen und die Aktivierung von BürgerInnen, die Initiierung von Planungsprozessen und die gestaltende Begleitung von derartigen Prozessen.

All diese Bereiche hat das Büro für Zukunftsfragen des Amts der Vorarlberger Landesregierung in jahrelanger Erfahrung identifiziert und bereits auch erprobt.² Das Zukunftsbüro initiiert Bürgerräte in Vorarlberg, begleitet und evaluiert sie. Ein Fazit dieser Erfahrungen lautet: Je komplexer die Probleme, desto geeigneter sind Bürgerräte und andere Formen der partizipativen Demokratie. Wesentliche Voraussetzung allerdings ist die Wertschätzung gegenüber dem Engagement der BürgerInnen durch die Politik.

Identifikation und Vertrauen steigen

Die Vorteile partizipativer Demokratie für Politik und Verwaltung liegen auf der Hand: Sie führt zu einer höheren Qualität der Ergebnisse, weil vielfältige Sichtweisen und Bedürfnisse im Vorfeld in den Entscheidungsprozess einfließen. Unterschiedlichste BürgerInnen, per Zufall ausgewählt, erarbeiten gemeinsam eine Entscheidungsgrundlage für die gewählten RepräsentantInnen auf Gemeinde- oder Landesebene. Partizipative Demokratie führt dadurch zu höherem Vertrauen in Institutionen, vorausgesetzt, diese setzen sich nicht kommentarlos über die Vorschläge der Bürgerräte hinweg. Ein weiterer Vorteil ist die höhere Legitimation der Entscheidungen, da die Festlegung nicht nur von den gewählten politischen VertreterInnen – die oftmals von der Bevölkerung als abgehoben und eigene Kaste empfunden werden – getroffen wird. Partizipative Demokratie führt auch zu einer höheren Identifikation im Umsetzungsprozess und zur höheren Selbstverpflichtung gegenüber Regelungen, an deren Entstehung die Bevölkerung in Form von Bürgerräten direkt mitein-

²⁾ Mehr dazu unter:

http://www.vorarlberg.at/vorarlberg/umwelt_zukunft/zukunft/buerofuerzukunftsfragen/neuigkeiten_ohnebild_/buergerbeteiligung/buergerbeteiligung.htm [Zugriff am 7. März 2016]

http://www.vorarlberg.at/vorarlberg/umwelt_zukunft/zukunft/buerofuerzukunftsfragen/neuigkeiten_ohnebild_/buergerbeteiligung/buergerinnen-raeteinvorar/buergerinnen-raeteinderpr.htm [Zugriff am 7. März 2016]

http://www.vorarlberg.at/vorarlberg/umwelt_zukunft/zukunft/buerofuerzukunftsfragen/weitereinformationen/publikationen/publikationen.htm [Zugriff am 7. März 2016]

gebunden war. Nicht zuletzt führt dies zu einer höheren Verantwortung gegenüber dem eigenen Umfeld, einem Gegengewicht zur oft beklagten gesellschaftlichen Entwicklung der Entsolidarisierung.

Das Bundesland Vorarlberg hat sich entschlossen, landesweite Bürgerräte nicht nur im Bedarfsfall oder auf Wunsch einzuberufen, sondern in gewisser Weise auch zu institutionalisieren. So werden Bürgerräte zweimal jährlich von der Landesregierung einberufen, um die Vorarlberger Bevölkerung bei wichtigen Fragestellungen der Landesentwicklung einzubinden. Im Juni 2015 beschäftigte sich der Bürgerrat mit dem wohl drängendsten Problem europaweit: Die Aufnahme von Flüchtlingen in Vorarlberg als das Thema der Zukunft. 23 Personen haben sich mit den beiden Fragen „Was brauchen wir, um gut mit dieser Entwicklung umzugehen?“ und „Welche Erwartungen stellen wir an die Asylwerbenden?“ auseinandergesetzt. Die Ergebnisse wurden in zwei Bürgercafés sowie in einer Resonanzgruppe, bestehend aus verschiedensten AkteurInnen und VertreterInnen, die mit der Thematik institutionell befasst sind, präsentiert und diskutiert. Zu den Ergebnissen des Beteiligungsprozesses erschien ein Bürgerratsbericht.³

Erfahrungen in Vorarlberg zeigen, dass die BürgerInnen nach einiger Skepsis und auch Zögern durchaus bereit sind, sich im Rahmen eines Bürgerrates zu engagieren. Sie erfahren die Diskussionen und Workshops durchaus als bereichernd und freuen sich meist über die Anfrage bzw. die Gelegenheit, ihre Meinung einzubringen. Somit liegt es an den PolitikerInnen selbst und hier hauptsächlich bei den gewählten VolksvertreterInnen, ob sie diese Prozesse zulassen und unterstützen wollen. Ein wichtiger Paradigmenwechsel ist allerdings Voraussetzung: Politik darf nicht (mehr) als Kampf von Interessen, sondern muss als Herstellung von Gemeinwohl verstanden werden. Für die bisher Herrschenden bedeutet Partizipation automatisch Machtverlust, aber eventuell Vertrauensgewinn. Darauf kann eine Demokratiereform bauen.

Ein neues Governance-Modell

In einem föderalen Staat wie Österreich sind Demokratiereformen aufgrund der Verschränkung der verschiedenen Politikebenen Kommunen, Bundesländer und Bundesstaat schwerfälliger als in Zentralstaaten. Je größer der eigene Wirkungsbereich der Gemeinden

³ http://www.vorarlberg.at/pdf/dokubr_asyl1.pdf [Zugriff am 7. März 2016]

und je weiter die Aufgabengebiete der Länder, desto zahlreicher und mächtiger die Vetospieler von Reformbemühungen. Doch nicht nur der durch die Machtaufteilung notwendige Kooperationsaufwand zwischen Bund, Ländern und Gemeinden machen Veränderungen schwierig, auch hat das bisherige Mehrebenen-System funktional ausgedient. Viele Aufgaben und Herausforderungen lassen sich in den administrativen Grenzen einer Gemeinde, eines Bundeslandes und auch eines Nationalstaates nicht mehr bewältigen. Die Komplexität unserer arbeitsteiligen und globalen Welt erfordert auch hier ein Umdenken in funktionale Räume, wie sie etwa bereits in der Raumplanung eingesetzt werden. Jacquier (2010) entwarf zur besseren Aufgabenbewältigung hierzu ein neues vierteiliges Mehrebenen-Modell mit den Stufen Europäische Union, grenzüberschreitende Regionen und Makroregionen, Großstadtgebiete bzw. Städte inkl. ihrer Umlandgemeinden sowie Nachbarschaften oder auf österreichisch: Grätzl. Jacquier schlägt vor, Aufgaben von den Kommunen einerseits auf die Nachbarschaften, andererseits zum größeren Gemeindeverbund zu delegieren. Aufgaben der Bundesländer gingen zum Teil an diesen Verbund bzw. in die Region, die auch Angelegenheiten des Bundes erledigen kann. Falls nicht, übernimmt die Europäische Union die restlichen Aufgaben.

Kombiniert man nun die neuen Ansätze zur Weiterentwicklung der Demokratie in Richtung partizipative Modelle mit dem neuen Mehrebenen-Modell Nachbarschaft, Gemeindeverbund, grenzüberschreitende Region und Europäische Union so zeigen sich neue, überraschende Wege zur Reform unseres Gemeinwesens. Das Ziel lautet immer: Menschen müssen in die Lage versetzt werden, eigenverantwortlich und sich ihrer Rolle als StaatsbürgerInnen bewusst an den Lösungen zu aktuellen und komplexen Problemen mitzuarbeiten.

Resümee

Ausgehend von sinkenden Vertrauenswerten von PolitikerInnen und einhergehend mit einer steigenden Distanzierung von der Politik wurde der Frage nachgegangen, welche Möglichkeiten bestehen, um die Bevölkerung wieder für Politik zu interessieren und einzubinden. In diesem Kontext wurde herausgearbeitet, dass die klassischen Formen der direkten Demokratie (Volksabstimmung, Volksbefragung und Volksbegehren) nicht ausreichen, um mehr Partizipation zu erreichen. Zu diesem Zweck wurde eine Methode der partizipativen Demokratie – nämlich Bürgerräte – detailliert vorgestellt. Die teilnehmenden Personen sind nach dem Zufallsprinzip auszu-

wählen und einzuladen. Nach jedem erstellten Gutachten wird der Bürgerrat aufgelöst und in weiterer Folge mit anderen Personen besetzt. Es werden auch keine Entscheidungen getroffen, sondern vielmehr erfolgt eine Entscheidungsvorbereitung. Die Entscheidungsgewalt liegt weiter bei den gewählten MandatarInnen. Am Beispiel des Bundeslandes Vorarlberg wird gezeigt, wie die „Aufnahme von Flüchtlingen“ im Rahmen eines Bürgerrates thematisiert wurde.

Abschließend ist auf ein neues Governance-Modell zu verweisen, das zusätzlich im Rahmen des vorliegenden Beitrages skizziert wurde. Zur besseren Aufgabenbewältigung wurde auf ein vierteiliges Mehrebenen-Modell mit den Stufen Europäische Union, grenzüberschreitende Regionen, Gemeindeverbund und Nachbarschaften verwiesen. Dieses neue Governance-Modell – in Kombination mit Methoden der partizipativer Demokratie, wie den Bürgerräten – könnte wesentlich zur Reform unseres demokratischen Gemeinwesens beitragen.

Literaturverzeichnis

BMI (2014): Wahlen und Volksbegehren. (Online im Internet unter: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/ [22. Juni 2014])

Jacquier, C. (2010): Challenges and Opportunities of Multilevel Governance in Europe. Presentation at the Belgian Presidency Multi-level Urban Governance Conference, Liège, December 2010.

Land Vorarlberg (2015): Landesweiter Bürgerrat: Asyl- und Flüchtlingswesen in Vorarlberg. (Online im Internet unter: https://www.vorarlberg.at/vorarlberg/umwelt_zukunft/zukunft/buerofuerzukunftfragen/neuigkeiten_ohnebild_/buergerbeteiligung/buergerinnen-raeteinvorar/buergerinnen-raeteinderpr/landesweiterbuergererrat_as.htm [9. August 2015])

OGM (2015): APA/OGM Vertrauensindex BundespolitikerInnen Juni 2015. (Online im Internet unter: <http://www.ogm.at/2015/06/apaogm-vertrauensindex-bundespolitikerinnen-juni-2015/> [9. August 2015])

Pelinka, Anton/Rosenberger, Sieglinde (2007): Österreichische Politik. Grundlagen – Strukturen – Trends, Facultas, Wien.

Helmut Arnold/Katharina Zimmerberger Blick über den eigenen Tellerrand: Die „4. Welt“ im Fokus demokratiepolitischer Perspektiven

Die tagespolitischen Debatten sind beherrscht von Berichten aus den Krisenherden und Kriegsgebieten der arabischen Welt und deren Folgen in Gestalt ausgebombter und von Milizen terrorisierter Menschen, die sich zu Flüchtlingstrecks formieren und einem Land ihrer Hoffnung entgegen ziehen. Die Karawane der Kriegsflüchtlinge wird unterlagert von sog. Wirtschaftsflüchtlingen, die der Armut, dem Hunger oder auch den durch Umweltzerstörung und Klimawandel verursachten elenden Lebensbedingungen ihrer Heimatländer zu entkommen suchen und zunächst für sich – und in naher Zukunft sicher auch für ihre Familien – einen Ort suchen, der ein besseres Leben verspricht. Viele kommen weither durch die Wüsten Nordafrikas und übers Meer unter Lebensgefahr, andere wiederum nur aus dem



Quelle:
Hubert Höllmüller

nahen Balkan, wo sie durch ethnischer Diskriminierung und Verfolgung marginalisiert oder in den ärmsten Regionen völlig marginalisiert und ohne ausreichende Lebensgrundlagen eher dahinvegetieren – Lebensqualität ist ein Fremdwort aus einer fernen und unbekannt Welt voller Milch und Honig, die man dennoch täglich als Kontrast zum eigenen Elend im Fernsehen und über Smartphone-Fotos beschauen kann – und einzig dieser letzte Aspekt unterscheidet heute von damals, als unsere europäischen Auswanderer in die neue Welt aufbrachen aus exakt denselben Motiven und voller Hoffnung auf ein besseres Leben.

Lange Zeit bestimmte das Schuldendrama der südeuropäischen Länder, allen voran Griechenland, samt der Auswirkungen der Austeritätspolitik auf den „kleinen Mann“ die Nachrichtenflut. Inzwischen überlagert aber das Drama der Flüchtlinge alles andere. Es geht um deren Leid auf ihrer langen Reise, um administrative Fragen ihrer Ein- und Weiterreise, um organisatorische Fragen ihrer Unterbringung, Versorgung und Betreuung. Es geht dabei um die aufgebotene Willkommenskultur, um die Anstrengung von zivilgesellschaftlich Engagierten und deren Grenzen der Belastbarkeit, um drohenden administrativen und ordnungspolitischen Overkill bei anhaltend hohen Flüchtlingszahlen. Und es geht um die *Ängste der Einheimischen vor Überlastung*: Wo sollen all die Leute unterkommen, was wird mit den Mietpreisen? Wo gibt es Arbeit für sie? Wie lange verkraften unsere Sozialkassen den Aderlass durch die Nichteinzahler, werden dereinst noch Reserven sein für meine Pension? Und es geht schärfer gefasst um *angebliche Überfremdung und Unterwanderung*: Werden die Flüchtlinge mit ihrer Kultur jemals in unserer Gesellschaft ankommen? Wie groß ist die Gefahr durch all die vielen jungen Männer für unsere Frauen? Die deutsche Bundeskanzlerin wird während ihres Besuchs in einem Flüchtlingslager lauthals als ‚Volksverräterin‘ beschimpft. In der NS-Zeit hatte mit der Todesstrafe oder zumindest mit Enteignung und Vertreibung zu rechnen, wer das eigene Blut nicht reinhält und mit den Feinden paktiert.

Im Schatten dieser Tagesmeldungen vollziehen sich erhebliche Veränderungen in der Arbeitswelt in Österreich – und auch global. Die Umstrukturierungsprozesse zeigen sich eher mittelfristig: Einerseits steigen die Arbeitslosenzahlen seit Jahren kontinuierlich an, der Vorzeigestatus Österreichs im EU-Vergleich droht sich aufzubrechen. Andererseits bietet eine nach wie vor dynamische Wirtschaft den Gut-Qualifizierten anspruchsvolle Jobs, gute Einkommens- und Aufstiegsperspektiven. Am unteren Ende aber – von den Kirchen der-einst thematisiert als 4. Welt – sammeln sich die Langzeit-Arbeits-

losen, die Ausrangierten oder erst gar nicht Aufgenommenen, die in einer hocheffizienten Wirtschaft als „wenig produktiv“ gelten.

Folgende gesellschaftskritischen Fragen ergeben sich aus den beschriebenen Erkenntnissen:

- Mit welchen Perspektiven blicken diese sozial Randständigen und scheinbar wirtschaftlich „Überflüssigen“ auf ihre Gesellschaft?
- Was erwarten sie vom Gemeinwesen und was von sich selbst?
- Wie verarbeiten sie ihre oft belastende Lebenssituation? Helfen Sündenböcke, das eigene Los erträglicher zu machen?
- Und wo und vor allem wie kann das demokratische Gemeinwesen gerade diese vulnerablen Gruppen erreichen und für ein Leben jenseits von Resignation und Ressentiment aufschließen?

Dazu wurden nachfolgende Thesen im Forum vorgestellt. Erfahrungsgemäß entstammen die DiskutantInnen in akademischen Zirkeln und Workshops eher nicht der sog. 4. Welt, weshalb ein Blick über den eigenen Tellerrand vonnöten ist. Um diesen Blick zu schärfen, werden zunächst zwei Thesen zur gesellschaftlichen Situation mit besonderem Augenmerk auf sozio-ökonomische Gefährdungslage samt subjektiv wahrgenommenen Bedrohungen skizziert, um basierend auf dieser Ausgangslage gesellschaftspolitische Lösungen zu debattieren und dabei auch die gängigen Vorschläge einer kritischen Prüfung zu unterziehen.

Thesen zur Ausgangssituation

1. Die Mittelschichten als die Übergangenen?

These: Die bildungsoptimistische Aufstiegsverheißung ist abgekühlt. Die Mittelschichten stehen unter Druck. Wer sich übergangen fühlt, neigt dazu, mit sich selbst und mit der Welt zu hadern. Denn wir leben in einer Erfolgskultur. Misserfolg gilt immer auch als persönliche Niederlage.

Die Mittelschichten stehen in unserer dynamischen Arbeitswelt unter Druck. Lebenslange Jobsicherheit gilt nur noch für die Kernbelegschaften und auch dies nur, solange der eigene Betrieb nicht ins Schwanken gerät. Jobabbau wird zur erlebbaren Realität, am stärk-

sten aber wirkt die Verunsicherung, dass es morgen auch mich treffen kann. Für die Einsteiger gilt erst einmal Warten und vor allem gilt für sie, dass Bildung zwar immer noch vor Arbeitslosigkeit am besten schützt, aber ein hoher Bildungsabschluss keineswegs Garant für eine Eintrittskarte in die Berufswelt ist und schon gar nicht dafür, dass es dort auch vorwärts geht. Das bildungsoptimistische Aufstiegsversprechen erodiert.

Das heißt aber nicht, dass alles in Auflösung ist. Trotz Zunahme atypischer Jobs überwiegt nach wie vor das sog. Normalarbeitsverhältnis. Innerbetriebliche Arbeitsmärkte sind unterschiedlich heftig in Bewegung, die branchentypischen Auftragskonjunkturen schwanken, für die Randsegmente der Belegschaft geht es rein und raus (starke Fluktuation) – und die Leistungsanforderungen steigen. Das bedeutet, dass Schritt und Tempo halten können anstrengender geworden ist. Dabei sein und Mithalten können bezieht sich aber nicht allein auf die Arbeitswelt, auch im sozialen Leben steigen die Ansprüche und Erwartungen. Wer angesagte Locations meidet oder dort in falschem Gewand oder mit unpassender Rede auftritt, gerät ins Abseits. Pierre Bourdieu hat uns durch seine meisterhafte Studie den Blick für die „feinen Unterschiede“ geschärft und zugleich die Mechanismen kultureller und sozialer Distinktion aufgezeigt.

Viele Menschen neigen in Drucksituationen dazu, die „falsche Politik“, die da oben – bei der PEGIDA sind es die korrupten Eliten, die Systemparteien – verantwortlich zu machen. Als wichtiger Teil des schlechten Systems kommt auch der Sozialstaat in die Schusslinie, weil er immer nur den Falschen gibt: den Faulen, die sich nicht bewegen, weil es ja auch ohne Arbeit geht und weil mit Arbeit am Monatsende meist auch nicht mehr im Börsel ist als ohne; den Schlaun, die wissen, wie man sich Pfründe erschleicht; den Giftlern, die sich in der Frühpension breit machen. Und natürlich dürfen bei dieser Aufzählung die Diktatoren der 3. Welt nicht fehlen, die ihre vielen Frauen mit Designerklamotten und Luxusreisen ausstatten. Und genau dafür zahlt man dann hohe Steuern!

Klaus Dörre spricht in einem beachtenswerten Essay, dessen Kerngedanken er zugleich auf der Salzburger Armutskonferenz 2015 vortrug, von der „arbeitnehmerischen Mitte“ der weitgehend gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten, die sich mit aller Entschiedenheit von den Unterklassen abgrenzen. Denn was sie von dieser Welt der Prekarisierten wahrnehmen, wirkt bedrohlich für ihr eigenes Selbstverständnis. Abstoßend dabei vor allem die scheinbare Hingabe in eine Sozialstaatsabhängigkeit, was jeglicher Idee von

Selbstbestimmung zuwider läuft. Soweit darf man es nicht kommen lassen, unter keinen Umständen!

Die Mittelschichten kämpfen um Status-Erhalt, auch um Erhalt von Status-Privilegien für sich und ihre Kinder. Schulen mit hohem Migrationsanteil werden als schädlich eingestuft; es herrsche eine Art „Bildungsangst“, so der deutsche Soziologe Heinz Bude (2011). Gerade jene Eltern, die selbst Aufsteigerfamilien entstammen und nach außen eine eher grün-liberale und sozial inklusive Grundeinstellung zeigen, würden jegliche Anstrengungen unternehmen, um ihren Kindern einen Platz an Schulen in guten Wohngebieten zu sichern und ihnen so die vermeintlichen Nachteile interkultureller Klassen zu ersparen. Folgen wir Budes Sozialstrukturanalysen samt Schlussfolgerungen, so zeigt sich eine „Gesellschaft der Angst“: Man fürchtet, dass es die eigenen Kinder später einmal nicht mehr soweit bringen werden wie man selbst – der bildungsoptimistische Lebensentwurf der goldenen Jahre mit sozialem Fahrstuhlversprechen nach oben scheint ausgeträumt. Hier schließt sich auch der Kreis zur US-amerikanischen Tea-Party, deren Unterstützer überwiegend white old men sind – mit erstaunlicherweise überdurchschnittlichem Akademikeranteil: Amerika first! Und im eigenen Land Vorfahrt für die Tüchtigen, worunter man exklusiv die angestammten Eliten zählt und dahinter die redlichen Bürger des arbeitenden Mittelstands und dies gilt in genau dieser nahezu ständischen Vorstellung von sozialer Ordnung. Wer diesem Raster der Zugehörigkeit nicht entspricht, hat sich noch weiter hinten und unten anzustellen.

Andererseits erlebt die Mittelschicht auch das obere Hundertstel der Gesellschaft, das immer reicher wird, sich bei finanzspekulativen Geschäften unverschämt bedient und zugleich schadlos hält, wenn die Spekulation schief geht. Die Krisengewinner des Hypo-Desasters setzen auf hundertprozentige Entschädigung, Wirtschafts-Bankrotteure verstecken ihre Yachten an mafiösen Küsten und bunkern ihre vor dem Konkursverwalter geretteten Konten in der Karibik. Einerseits ist man fasziniert von der Schamlosigkeit, gleichwohl führt man kreuzzugartige Kampagnen in den Leserbriefspalten gegen jeden und alle, die bessergestellt sind als man selbst – angefangen vom überbordenden Beamtenapparat, wo sich die faulen Staatsdiener aufgaben- und sorgenfrei im Warten auf den Feierabend den Hintern platt sitzen, bis zu den Luxuspensionen der Nationalbanker – und weil man selbst Maß hält, diesen Verlockungen widersteht und anständig bleibt, spricht man sich ein Anrecht auf ein Leben in Würde zu. Man geht jeden Tag zur Arbeit, man leistet etwas! Und wenn diese Lebenslagen in der gesellschaftlichen Mitte mit ihren Lebens-

entwürfen samt Selbstansprüchen an Lebensqualität unter Druck geraten, wenn es also nur noch knapp zum Urlaub an der Adria reicht, wenn die Hobbys der Kinder und die eigenen nur noch mit Abstrichen leistbar sind – Musikinstrument ja, Skipass nein, dann kann an unserer Gesellschaft etwas nicht mehr im Lot sein. Aber was stimmt nicht?

2. Zukunft der Arbeit: Die Prekären und die Abgehängten

Die neue Dienstklasse der 24/7 Gesellschaft kämpft ums tägliche Auskommen auf schlecht bezahlten und meist stressigen Jobs. Die Abgehängten, die das Tempo nicht mithalten, landen auf dem Abstellgleis.

Hier treffen wir also auf jene, die sich nicht nur übergangen fühlen, sondern die täglich um ihr Auskommen kämpfen. Im Gefolge ökonomischer Entwicklungen hat sich ein neues „Dienstleistungsproletariat“ herausgebildet. Es umfasst den selbstständigen Lebensberater und die Yogalehrerin, die bei durchschnittlicher Auftragslage gerade so über die Runden kommen, die schlecht bezahlten Stundenkräfte und Angestellten von Putzdiensten, bei der Security, bei den Paketzustellern und Semmelverkäuferinnen in den U-Bahnstationen der Städte. Dienstleistung rund um die Uhr in der 24/7 Gesellschaft ist angesagt.

Dienstleistung ist aber personalintensiv und der Rationalisierung sind hier Grenzen gesetzt. Einsparen können Dienstgeber deshalb nur bei den Löhnen. Amazon träumt zwar vom Paket-Helikopter, derzeit rasen aber noch die Pizza-Boten zu Boomzeiten durch die Städte. Wer das Tempo nicht schafft oder schlimmer noch: sich mit den Kunden anlegt, der landet in der Mindestsicherung, auf dem Abstellgleis.

Studien zur Zukunft der Arbeitswelt haben Konjunktur wie jüngst etwa die Arena-Analyse 2016. Man konstatiert eine Klasse von Gewinnern durch Digitalisierung und Robotics, die vor allem hochgradig flexibel sein müssen, bereit und fähig ihre Spezialkompetenzen gezielt in Projekte einzubringen und diese termingenaue und erfolgreich abzuschließen. Richard Sennett (1998) erkannte schon vor 20 Jahren den flexiblen Menschen als Prototyp im neuen Kapitalismus. In den aktuellen Studien vergleicht man Fabriken der Zukunft mit der Musikbranche, in der „Weltmarktführer“ wie Madonna, Robby Williams oder dereinst Michael Jackson ein Team guter Musiker und Tänzer für eine Tournee zusammenstellen – Bühnentechniker, Roadies und weitere werden vor Ort zugekauft. Nach der Tour ist vor der Tour, kein

Fan interessiert sich für die Namen des Background-Personals, es zählt nur der Star. Für die anderen dreht sich das Rad der „Gig Economy“ weiter. Als weiteres gleichläufiges Beispiel für die Arbeitswelt der Zukunft gilt die Filmproduktion: Ein Team mit Stars, auswechselbaren Komparsen und Technikern – nach Abschluss der Dreharbeiten sind alle wieder verfügbar für neue Projekte.

Den Gewinnern im „Plattformkapitalismus“ der Markenführer stehen die Verlierer gegenüber. Der bereits genannte Klaus Dörre (2015) sieht die Verlierer der prekären Vollerwerbsgesellschaft in einem Wechselspiel zwischen fragilen und zumeist äußerst anstrengenden Jobs im Niedriglohnbereich, wo vor allem Frauen in einfachen Dienstleistungsjobs zu finden sind. Zum zweiten in Abhängigkeit von Sozialstaatsversorgung, zur guten Hälfte durch Aufstockung der working poor Einkommen, und zum dritten in der „unwürdigen“ Arbeit, die als Mittel der Sozialdisziplinierung im workfare-Regime von den Sozialbehörden im Sinne eines Arbeitshaus-Tests verordnet wird. Als parallele Welt zum Niedriglohnsektor erfährt der Bereich der Solo-Selbständigen einen rasanten Aufschwung: Laut Angaben der Wirtschaftskammer sind in Kärnten 50 % aller bei ihr registrierten Betriebe EPUs. Hier fragt niemand nach dem Stundenlohn bzw. der Vergütung pro Tagwerk. Die Propagierung des unternehmerischen Geistes galt gerade auch in Ostdeutschland nach den erfolgten großen Umschulungswellen als probates Mittel, um die hohen Arbeitslosenzahlen zurückzuführen. Bis heute ist Solo-Unternehmertum und Scheinselbständigkeit das Hauptinstrument zum Unterlaufen des Mindestlohns.

Dörre verwahrt sich gegen den Begriff der Überflüssigen, analysiert vielmehr einen „Wettkampf“ innerhalb der Unterklassen um sozialen Status und gesellschaftliche Reputation. Als Ergebnis seiner Feldstudie weist er das landläufige Bild vom passiven Leistungsempfänger scharf zurück. Er sieht die Langzeitarbeitslosen vielmehr in zirkularer Mobilität, die sich „zwischen prekärem Job, sozial geförderter Tätigkeit und Erwerbslosigkeit beschränkt. Es kommt fortwährend zu Positionsveränderungen, aber die soziale Mobilität bleibt eine zirkulare, weil sie nicht aus dem Sektor prekärer Lebenslagen hinausführt. Nur wenige Befragte haben nach sieben Jahren den Sprung in Verhältnisse geschafft, die sie vom Leistungsbezug dauerhaft befreien. Die anderen durchlaufen mitunter zwei, vier, sechs und mehr berufliche Stationen. Sie springen von der Erwerbslosigkeit in den Ein-Euro-Job, von dort in die Aushilfstätigkeit, dann in eine Qualifizierungsmaßnahme und so fort, um am Ende doch wieder im Leistungsbezug zu enden.“ (Ebd., S. 10).

Wer ein Jahr arbeitslos ist bleibt es meist auch (Die Welt)

Laut einer aktuellen Studie des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) haben sich die Beschäftigungschancen für Langzeitarbeitslose in den letzten Jahren verschlechtert. Mit 14,3% hat 2013, im Jahr mit den aktuellsten Daten, nicht einmal jeder fünfte langzeitarbeitslose Hartz-IV-Empfänger eine Anstellung auf dem ersten Arbeitsmarkt gefunden oder sich selbstständig machen können. 2011 waren das noch 20%. Betrachtet man, ob dieselben vermittelten Langzeitarbeitslosen sowohl einen Monat später als auch sechs Monate später noch im Job waren, dann halbiert sich die Zahl jener, die noch arbeiten, auf nur 7,5%.

Und wer ist nun schuld an diesen Ungerechtigkeiten? Jetzt schlägt die Stunde des Ressentiments, teilweise auch des offenen Hasses – und eben dies ist demokratie-politisch gefährlich! „Flüchtlinge kriegen alles“ – bei uns sind die Schulchöre bedroht, die Kulturvereine werden eingekürzt, so etwa berichtet die Kleine Zeitung über Kärnten im Dezember 2015. Sparstift statt Skillift!

Wir wissen, dass wir eine fordernde Arbeitswelt und einen dynamischen Arbeitsmarkt haben. Wer wenig kann, hat weniger Chancen. Das gilt für die zugereisten Flüchtlinge – und die sind bei weitem nicht alle ausreichend qualifiziert – ebenso gilt dies für die Einheimischen. Budes Gesellschaft der Angst erfährt hier noch mal eine ganz andere Zuspitzung: Man hat erhebliche existenzielle Sorgen. Nicht Status-Angst um die eigenen Kinder, sondern ganz handfeste Sorgen ums tägliche Brot. Wenn die Flüchtlinge anerkannten Asylstatus erhalten und Arbeitsmarktzugang, wird ein erheblicher Konkurrenzkampf auf der unteren Leiter einsetzen, es geht um die Jedermann-Jobs. Die Arbeitsämter wissen das. „Wir können jetzt schon feststellen, dass uns die niedrig-produktive Arbeit zunehmend ausgeht“, so AMS-Direktor Johannes Kopf (DIE ZEIT online Nr. 2/2016). In diesem Kontext erscheint das Gespenst eines neuen Subproletariats. Neben den klassisch Abgehängten, weil gering qualifiziert und wenig „flexibel“, wird es in hohem Maße die Flüchtlinge treffen: „Diese Gruppen müssen ohnehin schon mit den Aufgaben der Integration in ein neues kulturelles Umfeld fertig werden und stehen nun zusätzlich vor dem Problem, dass es die klassischen Aufsteiger-Jobs, in denen man klein anfangen und sich hocharbeiten kann, einfach nicht mehr gibt.“ (Ebd.) Sicher – es sind hier auch neue Chancen, dem sogenannten Fachkräftemangel zu begegnen. Es wird aber eher um Jobs in der Pflege gehen als um die hitec-Ingenieure. Und wer am Rand steht, greift zum Ressentiment – man hat eben gerne einen Sündenbock.

Was tun?

Wie kann man dieser demokratiepolitisch gefährlichen Situation begegnen? Welche Handlungsansätze bieten sich nun an – What works? Erklären reicht nicht, wir müssen zum Handeln kommen. Lösungen korrespondieren vernünftigerweise immer mit Erklärungen, deshalb ist auch wichtig, eine klare Ausgangslage zu skizzieren, wie oben erfolgt. Wer jedoch die Welt anders liest, andere Wahrheiten erkennt, kommt auch zu anderen Lösungen. Gestern die Griechen, heute die Asylanten und zwischendurch immer wieder die Bonzen und Großfunktionäre am Selbstbedienungstrog „da oben“ – und gleichzeitig entdeckt man die 40.000 armen Obdachlosen in Österreich, die den Asylwebern hintan gestellt werden, die einen bisher nicht die Bohne interessiert haben und für deren Lage man nun Krokodilstränen vergießt. Neid und Ressentiment scheinen grenzenlos, der Diskurs des Zukunft-Kommens arbeitet subversiv und entfaltet sich hemmungslos.

Ressentiment ist auf subjektiver Ebene sicher eine Art von Lebensbewältigung, zwar ziemlich regressiv, aber es hilft den Einzelnen. Jeder von uns kennt solche Situationen der Unterlegenheit, in denen wir uns zurückgesetzt und ohnmächtig fühlen und auch nicht immer ganz objektiv zur Sachlage stehen. Wenn allerdings Ressentiments zunehmen, mehrere Stränge sich in einer irrationalen Weltsicht verknäueln und sich diese reaktionär gegen Schwache und Minderheiten richten, sind sie das Gift der Demokratie.

Wie kann man gegensteuern? Es geht darum, jenen, die abgehängt sind, eine Perspektive des Dazugehörens, des Mitmachen-Könnens und der Integration zu öffnen. Wir wollen die Perspektiven zunächst altersbezogen skizzieren, zum zweiten dann die gesamtgesellschaftliche Ebene in Augenschein nehmen.

Jugend – die Lebensphase der Weichenstellung

Wie wir aus der Übergangsforschung wissen, zeigen sich prekäre Karrieren erstmals deutlich im Übergang von der Schule zum Beruf. Wenn es nicht gelingt, einen Einstieg in eine berufliche Ausbildung zu finden, so begleitet dieses Missgeschick wie ein Schatten das weitere Leben. Selbstredend werden die Weichen schon in der Schule gestellt, hier aber – an der ersten Schwelle – können durch zielgruppenadäquate Methoden der Berufsorientierung durchaus Leitplanken eingezogen werden, die junge Menschen in der Bahn halten oder genauer: erst auf die Bahn bringen. Wer länger braucht, wer sich beim

Lernen und Begreifen von Sachverhalten oder auch bei der Einübung von beruflichen Fertigkeiten schwerer tut, für den bietet unser Stützsystem eine Vielzahl von Hilfen und Kursen bis hin zur berufspädagogischen Intensivstation etwa nach dem Konzept der Produktionsschulen. Hier gilt es vor allem, die Motivation bei den Jugendlichen aufzubauen, Abdriften einzuhegen und Abbrechern den Sinn in einen zweiten oder auch dritten Anlauf zu vermitteln. Es ist nie zu spät, einen Beruf zu lernen – und das Motto lautet: Keiner darf verloren gehen!

Jugend ist eine Lebensphase, die wie keine andere vom Risikoverhalten geprägt ist: man muss (fast) alles ausprobieren, allein schon, um in der Clique der Gleichaltrigen mitreden und mithalten zu können. Das riskante Probieren geht nicht immer gut aus, und so schließt das Leitmotiv, nicht verloren zu gehen, gerade auch jene Jugendliche mit ein, die im sozialen Leben straucheln und im Volksmund „auf die schiefe Bahn“ geraten. Sie kommen aufgrund ihres normabweichenden Verhaltens mit der Justiz oder Psychiatrie in Berührung. Und dazu zählen insbesondere auch jene, die es von ihrer Familie her schwer haben oder denen ein Zuhause ganz fehlt, weil sie im Heim aufgewachsen sind.

Hier kann und muss die breit aufgestellte Sozial- und Bildungslandschaft Vorreiterfunktion übernehmen:

- Zum einen stehen die sozialen Dienste im Bereich der Jugendhilfe und das breite Spektrum der offenen Jugendförderung bis hin zu den verbandlichen Angeboten der gerade in Österreich reichlich ausgeprägten Vereinslandschaft parat – von der Feuerwehr bis zum Jugendrotkreuz und allen voran die Sportvereine.
- Zum anderen kann jungen Menschen im Hinblick auf berufliche Integration in den Fördereinrichtungen und arbeitsweltbezogenen Projekten eine Zukunftsperspektive in ihrem vergleichsweise reichen Heimatland Österreich eröffnet und Anschluss an die Berufswelt ermöglicht werden. Diese Maßnahmen erstrecken sich von der Berufsorientierung über Förderkurse bis hin zu sozialökonomischen Betrieben.
- Dasselbe gilt im Prinzip auch für alle Flüchtlinge, die nur dann einen nachhaltigen und qualifizierten Eintritt in die Arbeitswelt schaffen, wenn sie Zugang zu gezielten Förderprogrammen erhalten.
- Im besten Fall treffen beide Zielgruppen in den Projekten aufeinander und entwickeln Verständnis füreinander.

Es muss nichts neu erfunden werden: Bei den einschlägig bekannten und fachlich profilierten Trägern stehen Erfahrungswissen samt good practice Modelle und somit ein bewährtes und abrufbares Potential bereit. Das Projekt „spacelab“ der Wiener Jugendzentren bietet herausragende Anknüpfungspunkte im städtischen Raum, um gerade entmutigte Jugendliche aufzufangen. Und hier ermöglichen die Kärntner Volkshochschulen insbesondere im Bereich der Grundbildung allen Menschen ungeachtet derer Herkunft und dem sozialen Status, kostenfreie Bildungsangebote von der Alphabetisierung bis hin zur Absolvierung des Pflichtschulabschlusses zu nutzen. Sicher kostet das Geld für die öffentliche Hand, dieses Geld ist aber eine klassische Investition in die Zukunft, die sich vor allem bei der Zielgruppe Jugend auszahlen wird. Nichts ist teurer als Gefängnisse! Die Förderung durch Qualifizierung, Beratung und Begleitung sind das Mittel der Wahl moderner Sozialstaaten. Dies stärkt zudem die binnenwirtschaftliche Konjunktur, da Bildung und Sozialarbeit *in actu* im eigenen Land erfolgen müssen und schwer ins Ausland verlagerbar⁴ sind.

Erwachsene – für Wiedereinstieg oder Neuanfang ist es nie zu spät

Was oben für Jugendliche in kritischen Lebensphasen dargelegt wurde, gilt ebenso für jene Erwachsenen, die sich in sozio-ökonomisch marginalisierten Positionen in der sog. 4. Welt befinden oder solche Szenarios für sich und ihre Familie befürchten und Deklassierungängste hegen. So hat etwa die Evaluation des Kärntner Programms für Arbeitsmarktferne klare Empfehlungen formuliert, wie Integrationsmaßnahmen für arbeitsmarktferne Personen konzipiert und implementiert sein sollten, um wirksam zu sein (Arnold u.a. 2014). Wichtig ist hier die Einsicht, dass auch jene Maßnahmen, die nicht unmittelbar als messbares Zählergebnis hinsichtlich der Vermittlungsquote verbuchbar sind, durchaus positive Effekte zeitigen, wenn man bereit ist, Fortschritte hinsichtlich der individuellen Stabilisierung und Normalisierung von Biografien als sog. weiche Faktoren zu erkennen und diese als Erfolge anzuerkennen, was insbesondere dann gelingt, wenn man die üblichen Folgekosten von aus der Bahn geworfenen Biografien in Rechnung stellt. Ein Sozialstaat darf die Verlierer-Gruppen im wirtschaftlichen Ausleseprozess nicht abschrei-

⁴⁾ Dass es mitunter doch geht, zeigt die Stadt Wien, die Teilkontingente ihrer Flüchtlinge in der benachbarten Slowakei untergebracht hat und dort auch bekochen, bewachen, betreuen und sicher auch sprachlich und vielleicht sogar beruflich fortbilden lässt. Immerhin bleibt die Wertschöpfung in Kerneuropa.

ben. Sozialpolitische Leistungen haben einen dreifachen Nutzen, wie Georg Vobruba historisch begründet nachweist: Neben dem unmittelbaren Nutzen für die Betroffenen (z.B. Arbeitslosengeld oder Zugang zu Bildungs- und Integrationsleistungen) ermöglicht der Sozialstaat als Auffang-Puffer den Betrieben flexible Spielräume für notwendige Umstrukturierungen, um im weltweiten Wettbewerb Schritt halten zu können – Autos mit Bremsen lassen sich rasanter fahren als solche ohne Bremsen! Der Sozialstaat flankiert also den Modernisierungsprozess. Als dritte Nutzenebene ist schließlich eine Stärkung des sozialen Friedens zu betonen, denn sich selbst überlassene Verlierer bilden Milieus der Gewalt, der Kriminalität und Selbstzerstörung.

Als gesellschaftspolitisch problematisch erweisen sich dabei allerdings jene Gruppen der Bevölkerung, die sich von starken Ressentiments leiten lassen, für Halbwahrheiten und Schuldzuschreibungen empfänglich sind, um so auch eigene Statusängste zu kompensieren. Obgleich diese zumeist demokratiepolitisch schwer erreichbar sind, ist gerade hier politische Aufklärung gefragt und gefordert – und diese Aufgabe erstreckt sich über das Parteienspektrum, die Presse und die formalen Bildungsinstitute hinaus auf den Bereich des Zivilgesellschaftlichen: Hier haben die Vereine, die Kirchengemeinden und weitere Freiwilligen-Organisationen eine zentrale Aufgabe nicht nur der sozialen Integration, sondern auch der „Aufklärung“ im Sinne des Entgegentretens gegen absurde Ideologie-Fragmente, dumme Witze und perfide Schmähungen, die gerne bierselig beklatscht werden.

Zukunft der Gesellschaft gestalten

Wir leben in einer Arbeitsgesellschaft. Erwerbsarbeit ist der zentrale Schlüssel zur Sicherung einer selbst verantworteten Lebensführung und Selbsterhaltung. Man kann dies bestreiten, man darf auch gesellschafts-utopische Gegenentwürfe propagieren. Wir allerdings gehen mit der großen Wiener Sozialforscherin Marie Jahoda ganz unmodern von einer arbeitsgesellschaftlichen Normalität als ordnungsprägendes Muster unserer Gesellschaft aus und fragen mit ihr: Wieviel Arbeit braucht der Mensch?

Betrachten wir die Vorschläge, die im Kontext einer sich ändernden Arbeitswelt als Reformmodelle auf gesamtgesellschaftlicher Ebene gehandelt werden.

Vorschlag 1:

Das Ehrenamt forcieren! Es gilt, den Überflüssigen und Ausgebrannten der Arbeitsgesellschaft Zugänge zu zivilgesellschaftlichem Engagement zu schaffen.

Zwei bedenkenswerte Argumente dazu:

Aus nahezu allen Studien zum bürgerschaftlichen Engagement wissen wir, dass Arbeitslose selten im Ehrenamt anzutreffen sind. Dies mag auf den ersten Blick paradox erscheinen, hätten doch gerade sie die meiste Zeit, etwas für sie Sinnvolles außerhalb ihrer vier Wände zu tun. Fakt ist aber, sie schämen sich. Denn wer in unserer Arbeitsgesellschaft nicht gebraucht wird, den „übermannt“ das Gefühl der Nutzlosigkeit – und dies im wahrsten Sinne des Wortes: Vor allem Männer verkraften es schwer, wenn sie ihrer tradierten Rolle als Ernährer und Versorger nicht nachkommen können. Daher ziehen sie sich zurück. Und diese Fixierung auf traditionelle Geschlechterrollen nimmt dann eher noch zu, wenn sie nicht oder nur schwer einlösbar ist. Der statusgesicherte Mann wird locker(er) und öffnet sich neuen Partnerschaftsentwürfen; wer dagegen abgehängt ist, verhärtet sich und legt einen Panzer um sich. In großer psychischer Not wird Mannhaftigkeit auch gewaltförmig hergestellt, Gewalt ist immer aus Selbstbehauptung gespeist und schafft letztlich Ordnung, wenn oft auch unglücklich fremd- und selbstzerstörerisch, so zeigt uns die Männerforschung (Böhnisch 2006). Jedenfalls begreift der Aussortierte nur in seltenen Fällen, weshalb er sich für eine Gesellschaft ehrenamtlich engagieren soll, die ihn doch ausstößt.

Marie Jahoda betont die Wichtigkeit der Erwerbsarbeit. Durch Arbeit erweitert der Mensch „die Bandbreite seiner sozialen Beziehungen über die oft stark emotional besetzten Beziehungen zur Familie und zur Nachbarschaft hinaus; mittels Arbeitsteilung demonstriert sie [die Erwerbsarbeit], daß die Ziele und Leistungen eines Kollektivs diejenigen des Individuums transzendieren; sie weist einen Status zu und klärt die persönliche Identität; sie verlangt eine regelmäßige Aktivität“ (1995, S. 136).

Quintessenz: Trotz dieser zugegeben arbeitsgesellschaftlich konservativen Überlegungen ist es mittelfristig notwendig, jene Formen der Arbeit, die neben der bezahlten Erwerbsarbeit existieren, mitzudenken und diese aufzuwerten. Denn reproduktive Arbeit, wie sie als Erziehung überwiegend im Familienkontext verrichtet wird, ist für den Fortbestand einer Gesellschaft unverzichtbar und zivilgesellschaftliche Mitwirkung macht diese Gesellschaft humaner und lebenswerter,

wie wir in den vielen Freiwilligenverbänden und nicht zuletzt bei den jüngsten Initiativen zur ehrenamtlichen Flüchtlingsversorgung erkennen konnten.

Vorschlag 2:

Bedingungsloses Grundeinkommen für alle!

Hier handelt es sich, salopp gesagt, um die Lieblingsidee vegan lebender Lehrerinnen und anderer in aufrechtem Dienstverhältnis stehender Gesellschaftsphilosophen. Die Unkündbaren haben ihr sicheres Grundeinkommen, aber unser Sozialstaat tickt anders. Hier herrscht das Bismarck-System, wir haben einen „lohnarbeitszentrierten Sozialversicherungsstaat“, eine Formel, die der bereits zitierte Wiener Soziologe Georg Vobruba, Professor zu Leipzig, geprägt hat. Was bedeutet das? Es geht schlicht um Leistungsgerechtigkeit, Ansprüche erwirbt man nach dem Äquivalenzprinzip! Wer einzahlt, bekommt Leistungen heraus. Insofern sind die kontinentalen Wohlfahrtsstaaten vom Modell des bedingungslosen Grundeinkommens ordnungspolitisch und sozialstaats-ethisch am weitesten entfernt, was nicht zwangsläufig heißen muss, dass der Systemwechsel hier zuletzt käme.⁵ Österreich steht mit seiner sozialpartnerschaftlichen Tradition nun aber wahrlich nicht im Verdacht, revolutionär zu optieren. Und so halten auch wir es mit Emmerich Tálos, der eine inkrementalistische Methode favorisiert: Um den Sozialstaat armutsfest zu machen, kann in jede Säule unserer sozialen Sicherung eine Sockelung im Sinne eines Grundversorgungsanspruches eingezogen werden, der auch jenseits erworbener Äquivalenzen qua Bürgerstatus zugesprochen ist. Dies ermöglicht einen schrittweisen Ausbau und erspart die völlige Umstellung des Sozialstaatsmodells, wie es die Übernahme des BGE-Modells verlangt.

Vorschlag 3:

Vom Belastungsdiskurs zur Bewältigungsperspektive

Es geht um das Auffangen, das Aufrichten und Mutmachen, um das Herstellen von Arrangements, die Selbstwirksamkeit ermöglichen. Es gilt, die ganze Blickrichtung zu ändern: vom Belastungsansatz zur Bewältigungsperspektive. So kritisiert etwa Krafeld (2008), dass im Blick auf die Arbeitslosen immer noch Defizitorientierung und Be-

⁵⁾ Schon Marx prophezeite die proletarische Revolution für England als dem zu damaliger Zeit fortgeschrittensten kapitalistischen Land, stattgefunden hat sie in einem spätfudalen Agrarland, in dem sich noch gar kein Proletariat herausgebildet hatte.

lastungsdenken vorherrschen. Man könne die ökonomischen, psychischen, sozialen und gesundheitlichen Belastungen durch Arbeitslosigkeit auswendig herbeten. Ganz wenig wisse man aber darüber, wie es Menschen gelingt, diese negativen Auswirkungen zu verringern oder ganz zu vermeiden. Krafeld kritisiert hier auch die Marienthal-Studie, die den „Ungebrochenen“ als jenem Krisenbewältigungstyp, der mehr oder weniger unversehrt die Arbeitslosigkeit durchsteht, das geringste Untersuchungsinteresse einräumt. Hierzu sind auch die Resilienz-Studien anschlussfähig.

Der Belastungsansatz sieht Arbeitslose als relativ ohnmächtig und einflusslos den gesellschaftlichen Verhältnissen ausgesetzt, die zwar dezidiert kritisch beleuchtet werden, denen die Betroffenen jedoch ohnmächtig gegenüber stehen. Der Belastungsansatz verstärkt somit die Resignation und die Abhängigkeitsgefühle. Der Bewältigungsansatz hingegen sieht Arbeitslose als aktiv handelnde Subjekte und fragt nach deren Handlungsoptionen. Er setzt dabei auf Empowerment, denn jede Situation gilt prinzipiell als veränderbar. Gerade in der Sozialen Arbeit ist es inzwischen common sense, dass jene Zielgruppen, die in schwieriger Lebenslage verbunden mit biografischen Brüchen und Versagensängsten entmutigt sind, zuallererst selbstwertstabilisierende Erfolgserfahrungen brauchen, damit sie durch diese Erfahrungen der Selbstwirksamkeit aus ihrer Lethargie herausfinden und neues Zutrauen zu sich und zu der Welt fassen.

Es geht also um eine Abkehr vom Defizit-Blick. Und es gilt, die Abwärtsspirale der erlernten Hilflosigkeit umzudrehen. Dazu braucht es Sphären der Anerkennung und sozialen Integration. Für die Abgehängten braucht es einen Korridor sozialer Beschäftigung, wie ihn etwa sozialökonomische Betriebe aufbieten. Und es bedarf zugleich immer wieder Versuche der Aktivierung für den Arbeitsmarkt, um eine Basis für eine wirtschaftlich selbstständige Lebensführung herzustellen. „Fördern und Fordern“ – die Maxime des aktivierenden Sozialstaats – wird gerne als neoliberal abgekanzelt, aber es ist eben oft auch die Chance und vor allem Alternative zur lediglich passivierenden Versorgung etwa per Mindestsicherung. Und dort, wo die Arbeitswelt so rasante Umwälzungen vollzieht, braucht es für jene, die nicht Schritt halten können und trotz Umlern-Angeboten keinen festen Boden finden, einen sozialen Arbeitsmarkt, wie immer dieser strukturiert, finanziert und gratifiziert ist. Denn nur ganz wenigen gelingt es, den stolzen Arbeitslosen zu verkörpern und selbstbewusst aufzutreten. Deshalb ist nichts gesellschaftspolitisch schädlicher, als Menschen in zurückgezogener Tristesse und Resignation verharren zu lassen.

"Sozial geförderte Arbeit als letzte Chance" (Deutschlandradio Kultur)

Frank-Jürgen Weise, Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit (BA), spricht im Interview mit "Deutschlandradio Kultur" über das Thema **Langzeitarbeitslosigkeit**. Weise befürwortet den Ausbau eines staatlich subventionierten zweiten Arbeitsmarktes. Trotz guter Konjunkturlage gebe es 200.000 Langzeitarbeitslose, die regulär so gut wie nicht zu vermitteln seien, erklärt er. Oftmals sei in diesen Fällen die sozial geförderte Arbeit die letzte Chance. "Und die ist besser und übrigens auch nicht viel teurer als Arbeitslosigkeit", fügt Weise hinzu.

HERAUSFORDERUNG**82 Prozent mehr Langzeitarbeitslose**

Über 3600 Kärntner suchen schon länger als ein Jahr nach einem Job.



Quelle: Kleine Zeitung, 2. Dezember 2015, S. 3

Literaturverzeichnis**Monographien**

AMS info 178 (2011): Arbeitsmarktintegration jugendlicher Problemgruppen. Internationale Good-Practice-Beispiele, Wien.

Atzmüller, R./Hürtgen, S./Krenn, M. (2015): Die zeitgemäße Arbeitskraft. Qualifiziert, aktiviert, polarisiert, Weinheim.

Böhnisch, L. (2006): Viele Männer sind im Mann. Bilder – Blicke – Horizonte, Wien.

Bude, H. (2011): Bildungsapanik. Was unsere Gesellschaft spaltet, München.

Goffman, E. (1967): Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität, Frankfurt a. M.

Jahoda, M. (1995): Wieviel Arbeit braucht der Mensch? Arbeit und Arbeitslosigkeit im 20. Jahrhundert, Weinheim.

Selke, S. (2013): Schamland – Die Armut mitten unter uns, Berlin.

Sennett, R. (1998): Der flexible Mensch: Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin.

Sickendiek, U. u.a. (Hrsg.) (2007): Beratung in Bildung, Beruf und Beschäftigung, Tübingen.

Vobruba, G. (2000): Alternativen zur Vollbeschäftigung, Frankfurt a. M.

Wacker, A. (1978): Vom Schock zum Fatalismus? Soziale und psychische Auswirkungen der Arbeitslosigkeit, Frankfurt/New York.

Zirra, S. (2010): Die Europäisierung nationaler Beschäftigungspolitik. Europäische Koordinierung und institutionelle Reformen, Wiesbaden.

Sammelbände

Arnold, H. (2016): Ausbildung, Arbeit und Übergangshilfen. In: Schröer, W./Struck, N./Wolff, M. (Hrsg.): Handbuch Kinder- und Jugendhilfe. 2., überarbeitete Auflage, Weinheim, S. 265 bis 311.

Dimmel, N./Heitzmann, K./Schenk, M. (Hrsg.) (2009): Handbuch Armut in Österreich, Innsbruck, Wien und Bozen.

Dörre, K. (2015): Die Armut der Unterklassen. Soziale Wirkungen des neuen Arbeitsmarktregimes. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 10/2015, S. 3 bis 10 (Download unter Salzburger Armutskonferenz 2015).

Krafeld, F. J. (2008): Leben mit ungewisser Berufsintegration – eine vernachlässigte Aufgabe gelingender Lebensbewältigung. In: Maier, K. (Hrsg.): Soziale Arbeit in der Krise der Arbeitsgesellschaft, Freiburg, S. 79 bis 90.

Verein Wiener Jugendzentren (Hrsg.) (2007): spacelab – Neue Wege in der Beschäftigungsförderung für Jugendliche, Wien.

Zeitschriften

Zukunft der Arbeit: Hilfe, mein Chef ist ein Roboter. DIE ZEIT online Nr. 2/2016, 7. Januar 2016.

Zukunft der Arbeit: Verwirrend viel zu tun. Standard online 8. Jänner 2016.

Unveröffentlichte Quellen

Arnold, H. u.a. (2014): Integration arbeitsmarktferner Personen. Abschlussbericht ESF 3b Kärnten, 3. Antragsrunde, Feldkirchen.

Helmut Krieger/Josefine Scherling

Revolte, Krise und Krieg – Das Ende der Hoffnung in der arabischen Welt

Nur fünf Jahre ist es her, dass Millionen Menschen von Marokko bis zum Jemen grundlegende demokratische Forderungen gegen autoritäre Regime im arabischen Raum erhoben haben. Ihre zentrale Parole für Freiheit, Würde und Gerechtigkeit erscheint heute wie ein Ruf aus einer fernen Vergangenheit – überlagert und scheinbar zerstört von (neuen) autoritären Regimen, jihadistischen Formationen und Krieg. Dass jedoch jene sozialen Bewegungen nicht nur als eine historische Episode zu verstehen sind, sondern vielmehr den Beginn eines epochalen gesellschaftlichen und politischen Bruches markieren, war der zentrale Ausgangspunkt unseres Workshops, der in zwei Durchgängen zu je 50 Minuten mit jeweils 40 und 80 Teilnehmenden stattfand. Historische Prozesse dabei so zu rekonstruieren, dass das emanzipatorische Potenzial von sozialen Bewegungen im arabischen Raum sowie ihren Ausstrahlungen auf Europa sichtbar werden können, stand dementsprechend am Beginn unserer Diskussionen. Wesentliche Fragen des Workshops waren dabei:

Was haben die Revolten von 2011 bewirkt? Inwiefern konnten sie trotz der gegenwärtigen, im eigentlichen Sinn konterrevolutionären Entwicklungen Spuren in die Zukunft legen? Inwiefern wurden sie zu einem Initialzündler für eine globale Bewegung zur Demokratisierung der Demokratie? Was könnte das wiederum sowohl für den arabischen Raum als auch für Europa zukünftig bedeuten?

Geschichte jenseits des Vergessens

Vor dem Jahr 2011 wurden autoritäre Macht- und Herrschaftsverhältnisse im arabischen Raum in vielen westlichen Forschungen aber

auch in politischen Debattenfeldern vor allem unter dem Stichwort von Stabilität eingeordnet. Doch was wurde unter Stabilität eigentlich verstanden?

Während in den 1990er Jahren eine globale Welle der Demokratisierung osteuropäische Länder bis hin zu Chile oder Südafrika erfasst hatte, schien der arabische Raum davon weitgehend unberührt geblieben zu sein. Es hatte den Anschein, als wäre eben jener Raum gleichsam ein statischer Block, der sich demokratischen politischen Forderungen und Entwicklungen erfolgreich entziehen konnte. Vielfach wurden (wissenschaftliche) Erklärungen für dieses vermeintlich beharrende Moment in einer wie auch immer gearteten Kultur gesucht – eine vermeintlich besondere islamische und/oder arabische Kultur, die es verhindere, dass autoritäre und monarchistische Regime zu demokratischen transformiert werden konnten (vgl. Mamdani 2004). Mit dieser essentialistischen und homogenisierten Konstruktion von Kultur wurde demnach eine vermeintliche gesellschaftliche, soziale und politische Stagnation erklärt.

Darauf aufbauend zielten in den 2000er Jahren sodann viele Untersuchungen zum arabischen Raum auf die Persistenz autoritärer Regime bzw. politischer Eliten, um letztendlich nachzuweisen, wie stabil derartige Regime seien (vgl. Pawelka 2008). Der Fokus lag dabei auf den inneren (politischen) Entwicklungen der einzelnen Länder, sodass der Zusammenhang zwischen globalen ökonomischen sowie (geo-)politischen Herrschaftsverhältnissen mit je lokalen Machtstrukturen nicht weiter beachtet wurde. Dies mutet umso erstaunlicher an, gerade weil der Begriff Stabilität auch eine eminent geopolitische und geostrategische Bedeutung hat: Für die USA und die EU bedeuteten vermeintlich stabile autoritäre Regime im arabischen Raum nichts weniger als stabile Bündnis- und Allianzpartner. Schließlich waren diese es, die westliche politische Koordinaten für den gesamten Raum übernahmen sowie ihre Länder als untergeordnete Teile in einen globalen kapitalistischen Markt integrierten und neoliberal ausrichteten. Zugleich versuchten sie mit ihren Repressionsapparaten für eine gesellschaftliche Friedhofsruhe zu sorgen. Es verwundert also nicht, dass Herrscher wie Mubarak oder Ben Ali gern gesehene Gäste in Washington, Berlin oder Paris waren.

Angesichts derartiger Vorstellungen in Bezug auf den Politiken gegenüber dem arabischen Raum ist es wenig überraschend, dass die Revolten von 2011 für die meisten westlichen (wissenschaftlichen und politischen) KommentatorInnen wie aus heiterem Himmel passierten. Den arabischen Raum unter dem Diktum von Stabilität und/

oder einer essentialistischen kulturellen Andersartigkeit wahrzunehmen, bedeutet ja nichts anderes, als soziale, ökonomische und politische Entwicklungen zu kulturalisieren, die verschiedenen sozialen Kämpfe der 2000er Jahre nicht in ihrer umfassenden herrschaftskritischen und emanzipatorischen Dimension zu verstehen sowie imperiale Interventionen in jenem Jahrzehnt, wie etwa die Irak-Invasion von 2003, nicht als grundlegende Bedingung für gesellschaftliche und soziale Verwerfungen zu integrieren. Es bedeutet nichts Geringeres, als wesentliche historische Prozesse, die zur Revolte von 2011 geführt haben, auszublenden. Jene Prozesse als Ausgangspunkt des Verständnisses eben dieser Revolten zu nehmen, wurde somit zu einem zentralen Element in den beiden Workshops.

Mittlerweile hat sich eine chronologische Erzählung der Proteste in den verschiedenen arabischen Ländern weitgehend etabliert (vgl. Haddad/Bsheer/Abu-Rish 2012; Jünemann/Zorob 2013). Mit zentralen Parolen wie *ash-sha‘b yurid isqat an-nizam* (das Volk will den Sturz des Regimes) und *eisch, hurriya, ‘adala igtima’iya* (Brot, Freiheit, soziale Gerechtigkeit) forderten Millionen von Frauen, Männern und Jugendlichen in jener Zeit eine gesellschaftliche Alternative ein, in der inklusive Vorstellungen von Demokratie mit sozioökonomischen Gerechtigkeitskonzepten verbunden werden sollten. Damit schufen sie einen politischen und sozialen Raum des Protestes und der Utopie (vgl. Ismail 2013), der primär den eigenen autoritären Eliten abgerungen wurde und zugleich implizit gegen eine globale neoliberale Unordnung gerichtet war. Insofern artikulierten sich in und durch die sozialen Bewegungen Forderungen, die einerseits auf die spezifische Situation in den einzelnen Ländern abgestimmt waren, andererseits auch mit der Suche nach gesellschaftlichen Alternativen in anderen Regionen der Welt korrespondierten. Nicht zufällig fanden Bewegungen wie die Indignados in Spanien oder die Occupy Wall Street in den USA Inspiration und ein (aktionistisches) Vorbild in den arabischen Revolten von 2011.

Bereits im weiteren Lauf des Jahres 2011 wurde nach der Abdankung von Ben Ali in Tunesien und Mubarak in Ägypten sichtbar, dass emanzipative gesellschaftliche Entwicklungen im arabischen Raum durchzusetzen nicht einfach einer linearen Chronologie folgt – gleichsam zuerst Tunesien und dann sukzessive alle weiteren Länder, die nacheinander demokratisiert werden würden. Im Gegenteil, emanzipative Forderungen gesellschaftlich und politisch zu verankern, sind immer umkämpfte Prozesse. Schließlich verlassen herrschende Eliten nicht einfach freiwillig die politische Bühne. Das sind die bitteren Erfahrungen der einzelnen Bewegungen, die die Revolten angestoßen haben.

Die bereits 2011 einsetzende Konterrevolution zur Krisenbewältigung und zu einer erneuerten Herrschaftssicherung fußt dabei auf folgenden Eckpfeilern, die in unterschiedlicher Intensität in den verschiedenen Ländern des arabischen Raums angewandt wurden und werden (vgl. Krieger 2015):

- Militarisierung, Konfessionalisierung und Ethnisierung von politischen Konflikten,
- (Staats-)Terror als Regierungstechnik zur Schaffung bzw. Zusammenziehung einer sozialen Basis sowie
- Kooperation, Konkurrenz und Intervention im Rahmen regionaler geostrategischer Bruchzonen;

Diese allgemeinen Eckpunkte müssten in eingehenden Analysen zu den einzelnen Ländern ausdifferenziert bzw. ergänzt werden, so etwa um die Bedeutung jihadistischer Formationen als konterrevolutionäre Bewegungen herauszustellen oder um die Dimension imperialer Interventionen in den gegenwärtigen Kriegs- und Krisenzonen zu verdeutlichen (vgl. dazu ausführlich Krieger 2015). Nicht zu vernachlässigen wäre dabei, wie einzelne Länder, insbesondere Saudi Arabien, durch Block- und Allianzbildungen einerseits und direkte (militärische) Interventionen andererseits versuchten, die jeweiligen Protestbewegungen auf lokale Nebenhandlungen einzugrenzen und politisch zu desorientieren, um sie damit effektiver bekämpfen zu können.

Mit derartigen Einschätzungen ließe sich somit rekonstruieren, mit welchen jeweiligen konterrevolutionären Mechanismen die einzelnen sozialen Bewegungen konfrontiert waren bzw. sind (vgl. Beinlin/Vairel 2011). Damit ließe sich des Weiteren herausarbeiten, warum jene Bewegungen dem Niveau dieser Konfrontation (noch) nicht gewachsen waren und sind (vgl. Krieger 2015).

Eine derartige Analyse würde bei Weitem den Rahmen dieser Zusammenfassung sprengen. Insofern lässt sich lediglich ganz allgemein feststellen, dass die Bewegungen von 2011 zwar das Moment der Überraschung auf ihrer Seite hatten, jedoch im weiteren Verlauf der Proteste der Reorganisation der Staatsmacht sowie der Militarisierung, Konfessionalisierung und Ethnisierung von Konflikten wenig entgegensetzen konnten. Eine wesentliche Ursache dafür liegt in der organisatorischen und ideologischen Pluralität der Bewegungen selbst begründet: War dies am Beginn der Proteste ein innovatives Element, so zeigte sich im Laufe der weiteren Monate und Jahre,

dass eine derartige plurale Komposition auch zu entsprechenden inneren politischen Fragmentierungen und Konfrontationen führen kann. Fehlende konkrete gemeinsame Zielsetzungen, differente politische Vorstellungen über nächste Schritte und Wellen der Repression lassen somit erahnen, welche Prozesse der Demoralisierung und Desorientierung soziale Bewegungen im arabischen Raum nach Anfangserfolgen durchlaufen haben (vgl. Krieger 2015).

Auch wenn es also angesichts dieser Entwicklungen gegenwärtig so erscheinen mag, als sei jene gesellschaftliche Utopie von 2011 unter Flucht, Jihadismus und Krieg begraben worden, eines ist dabei gewiss: Die herrschenden Eliten im arabischen Raum samt ihren jeweiligen internationalen Unterstützern produzieren beständig jene Krisen, denen sie zugleich zu entrinnen versuchen (vgl. Hanieh 2013). In der Dialektik von Revolution und Konterrevolution haben sich autoritäre Regime in vielen arabischen Ländern vordergründig durchgesetzt – um den Preis der Zerstörung sozialer und gesellschaftlicher Strukturen. Zu glauben, damit emanzipatorischen Forderungen längerfristig entkommen zu sein, ist allerdings eine Illusion. Dies zu erkennen und in die eigene Blickrichtung auf den arabischen Raum zu integrieren, bedeutet somit auch, jene sozialen und politischen Prozesse zu sehen, aus denen gesellschaftliche Utopien jenseits von Ausbeutung und imperialer Intervention erwachsen.

Derartige Spuren aufzunehmen und dabei eine kurze historische Skizze von einigen wesentlichen Entwicklungen im arabischen Raum zu rekonstruieren, war somit auch zentraler Bestandteil unserer Workshops.

Assoziationen, Wissen und politische Analysen zum arabischen Raum – Elemente des Workshops

Die beiden Workshops wurden jeweils in zwei Abschnitte unterteilt:

1. Assoziationen der Workshopteilnehmenden zu den Jahren 2011, 2009 und 2003 im Zusammenhang mit dem so genannten Nahen und Mittleren Osten
2. Eigene Einschätzungen und Analysen zu den Revolten und ihren Begrenzungen

Nachdem die Revolten von 2011 der vorläufige Kulminationspunkt von unterschiedlichen gesellschaftlichen, gewerkschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen im Laufe der gesamten 2000er

Jahre waren, konnten die Teilnehmenden anhand von Assoziationen zu den Jahren 2011, 2009 und 2003 ihr Wissen aktualisieren und zugleich in einen größeren Kontext stellen. Im Anschluss daran wurden in jeweils drei Gruppen unterschiedliche Fragestellungen zur Workshop-Thematik diskutiert, deren Ergebnisse schließlich im Plenum präsentiert und kommentiert wurden. Im Folgenden werden die wichtigsten Assoziationen, Positionen und Argumentationsstränge der Teilnehmenden der beiden Workshops zusammengefasst.

Ad 1. Assoziationen zu den Jahren 2011, 2009 und 2003

Folgende Assoziationen kamen von den Teilnehmenden für das Jahr 2011: Arabischer Frühling, der Selbstmord in Tunesien, Mubarak, der Tahrir Platz/Kairo, Gaddafi, Ölpreisanstieg, die Rolle der neuen Medien (Social Networks), Arbeitsplatzprobleme, Bombardements, Ausbruch der Unruhen, Umbruchstimmung, hohe Erwartungen, Gewalt und Auslandsgeheimdienste.

Schwieriger gestaltete sich die Zuordnung von Ereignissen für das Jahr 2009. Nachdem es für dieses Jahr keine Assoziationen seitens der Workshopteilnehmenden gab, oblag es dem Workshopleiter, einen Zusammenhang zwischen den arabischen Revolten von 2011 und der grünen Bewegung im Iran herzustellen. Diese sich nach massivem Wahlbetrug im Jahr 2009 formierende Bewegung kann insofern auch als historische Vorläuferin verstanden werden, als sie unter den Bedingungen eines autoritären Regimetypus in der Lage war, vor allem in Teheran massenhaften Protest in öffentlichen Räumen zu artikulieren. Mit ihrer grundsätzlichen Forderung nach einem demokratischen Wahlprozedere und einer politischen Öffnung des Landes bewies sie, dass es möglich sein kann, einem repressiven Regime zumindest zeitweilig die Deutungshoheit über das Politische entreißen und zugleich einen öffentlichkeitswirksamen Protest organisieren zu können. Dies strahlte entsprechend auf den arabischen Raum aus und wurde somit ein weiteres historisches Erfahrungsmoment in der Entwicklung von Protest.

Eindeutiger gestalteten sich die Assoziationen, die die Workshopteilnehmenden mit dem Jahr 2003 hatten, d.h. vor allem die von den USA angeführte und nicht vom UN-Sicherheitsrat sanktionierte Invasion in den Irak. Für viele Teilnehmende wurde ersichtlich, dass die Invasion und der Krieg gegen den Irak in einem vielschichtigen Zusammenhang mit den Revolten von 2011 stehen und als Folge die Verwerfung und Neuzusammensetzung gesellschaftlicher, sozialer und wirtschaftlicher Verhältnisse im Irak mit sich brachte. Zugleich wurden massenhafte Proteste in der arabischen Welt gegen die Inva-

sion und den Krieg auch zu einem weiteren historischen Erfahrungsrepertoire der sich entwickelnden sozialen Bewegungen.

Allein diese kurze und schematische Rückschau in die jüngere Geschichte des arabischen Raums ließ für die Workshopteilnehmenden sichtbar werden, dass wir historische Zusammenhänge benötigen, um jene Momente der Revolte, des Aufruhrs und der sozialen Bewegungen rekonstruieren zu können. Ohne die Kenntnis derartiger historischer Zusammenhänge bliebe eine Einschätzung bruchstückhaft, eine Einordnung der Revolte wäre schlichtweg nicht möglich. Zugleich stellt sich dabei immer die Frage, welche Geschichte(n) warum wie relevant ist bzw. sind, d.h. uns als wichtig erscheinen. Damit untrennbar zusammenhängend stellen sich die Fragen, woher wir überhaupt unser Wissen über diese Geschichte beziehen und was wir eigentlich nicht wissen (können), kurz gesagt: Geschichte ist nicht lediglich eine Erzählung über vergangene soziale Realitäten, sondern selbst wiederum ein umkämpftes Feld, innerhalb dessen Deutungshoheiten über (historische) Entwicklungen verhandelt werden. Im Zusammenhang mit den Revolten von 2011 bedeutet das etwa, dass das nach wie vor wirkmächtige Narrativ über eine friedliche, vor allem von Studierenden aus den sozialen Mittelklassen getragene Protestbewegung, die sich nach demokratischer Mitbestimmung sehnten, alternative Erzählstränge über die Revolte ausblendet. Soziale und gewerkschaftliche Kämpfe in den 2000er Jahren in Ländern wie Tunesien und Ägypten, militante ArbeiterInnenstreiks oder etwa die aktive Partizipation von marginalisierten sozialen Klassen an den durchaus militanten Protesten finden in einer derartigen Erzählung keinen Eingang mehr, weil dies offensichtlich den Deutungsrahmen einer vermeintlich friedlichen Bewegung von Menschen, für die ökonomische Ausbeutungsverhältnisse nicht wesentlich seien, stört.

Insofern – so die Schlussfolgerung im ersten Abschnitt unserer Workshops – benötigt die historische Rekonstruktion der Revolten von 2011 immer auch ein selbstreflexives Moment und die Klärung, was wir wissen und warum wir was (nicht) wissen (können). Es benötigt die Klärung der eigenen (ideologischen) Standpunkte sowie der eigenen Standorte, von wo aus wir sprechen.

Ad 2. Eigene Einschätzungen und Analysen zu den Revolten und ihren Begrenzungen

Im Anschluss an jene grundsätzlichen Reflexionen zu (Nicht-)Wissen und eigenen Standpunkten diskutierten die Workshopteilnehmenden in Arbeitsgruppen jeweils eine der folgenden Fragestellungen:

I. Welche Faktoren könnten entscheidend sein, dass die demokratischen Revolten im arabischen Raum ihre Ziele (noch) nicht erreicht haben?

II. Worüber wird aktuell im Zusammenhang mit dem arabischen Raum in westlichen Medien vor allem berichtet? Worüber wird nicht berichtet?

III. Was können wir von sozialen Bewegungen in der arabischen Welt lernen?

Welche Faktoren könnten entscheidend sein, dass die demokratischen Revolten im arabischen Raum ihre Ziele (noch) nicht erreicht haben?

Die Workshopteilnehmenden arbeiteten eine Vielzahl an Faktoren heraus, die die Begrenzung der Revolten von 2011 erklärten. Vor allem folgende wurden genannt:

- die Unmöglichkeit, in den einzelnen Ländern einen geordneten Übergang zu schaffen und damit auch die Möglichkeit für alte Eliten, ihre Machtstrukturen wieder zu festigen;
- die Möglichkeit für jihadistische Gruppen, eine politisch instabile Lage zu nutzen;
- eine im weitesten Sinn unstrukturierte Vorgangsweise der sozialen Bewegungen, die Existenz konkurrierender Gruppen innerhalb dieser Bewegungen und allgemein der mangelnde Organisationsgrad der einzelnen Bewegungen;
- grundsätzlich geringe Erfahrungswerte mit der Funktionsweise eines demokratischen politischen Systems sowie
- eine oftmals fragmentierte politische Bildung breiter Bevölkerungsschichten, sodass die Entwicklung einer eigenen politischen Linie schwierig werde.

Diese verschiedenen Faktoren wurden in der anschließenden Diskussion in grundlegende Ausgangsbedingungen der Proteste – repressive autoritäre Regime sowie gezielte Konfessionalisierung und Militarisierung der politischen Auseinandersetzungen – eingebettet und damit in ihrer jeweiligen Bedeutung herausgefordert. Gerade die Erfahrung brutaler Repression der jeweiligen Sicherheitsapparate machte

dabei für die Workshopteilnehmenden eindrücklich sichtbar, wie schwierig es für soziale Bewegungen ist, programmatisch auf eine demokratische Zukunft hin zu arbeiten, während zugleich viele AktivistInnen mit Verhaftungen, Folter und Tod konfrontiert waren und sind.

Worüber wird aktuell im Zusammenhang mit dem arabischen Raum in westlichen Medien vor allem berichtet? Worüber wird nicht berichtet?

Klar herausgestrichen wurde von den Workshopteilnehmenden, dass aktuelle Medienberichte vor allem auf die Fluchtbewegung nach Europa fokussieren. Ohne zumeist Flüchtlinge selbst zu Wort kommen zu lassen, würden viele Berichte ein oberflächliches Bild der Situation skizzieren und somit gerade das nicht berichten, was in diesem Zusammenhang entscheidend sei: Fluchtursachen und politische Verantwortlichkeiten für die aktuellen Kriege im arabischen Raum.

Ebenso fehlen notwendige Hintergrundinformationen zur Einschätzung der Lage im arabischen Raum oder zu den existierenden sozialen Bewegungen, so die Meinung vieler Workshopteilnehmenden. Fragen wie, was wir zum Beispiel von Gewerkschaftsinitiativen in Bagdad, sozialen Initiativen in Aleppo oder feministischen Initiativen in Kairo wissen, würden in gängigen Medienberichten nicht aufgeworfen werden. Damit könnten wir die Kenntnis über derartige Initiativen in unsere Wissensbestände nicht mehr aufnehmen – sie existieren für uns schlichtweg nicht.

Somit ließ sich in den Diskussionen schlussfolgern, dass mediale Berichte über den arabischen Raum nicht nur soziale, ökonomische und politische Realitäten durch Auslassungen reduzierend darstellen, sondern diese Realitäten in einen anderen Sinnhorizont verrücken und damit ein eindimensionales Raster der Wahrnehmung und des Urteils über die arabische Welt mit schaffen.

Was können wir von sozialen Bewegungen in der arabischen Welt lernen?

Von den Workshopteilnehmenden wurden folgende wesentliche Aspekte betont:

- (Politische) Einheit als wesentliches Erfolgsmoment; zugleich sei es allerdings ein schwieriges Unterfangen, eine soziale Bewegung auf bestimmte Ziele zu einigen;
- der Mut, sich zu wehren sowie eine möglichst angstfreie Haltung der Menschen gegenüber den herrschenden Eliten trotz repressiver Maßnahmen des Staates;

- die Bedeutung von Kontinuität und damit auch die Verarbeitung der eigenen politischen Niederlagen, um Voraussetzungen für eine Weiterarbeit zu schaffen;
- der produktive Einsatz von neuen sozialen Medien;
- durch die sozialen Bewegungen im arabischen Raum dient als Vorbild im aktiven Einsatz für Menschenrechte.

Mit diesen Einschätzungen über mögliche Ausstrahlungen der Revolten aus dem arabischen Raum und den Spuren, die sie in die Zukunft gelegt haben, wurden die Workshops abgeschlossen. Dass die Geschichte eben dieser Revolten trotz der gegenwärtigen dominanten Realität von Flucht, Vertreibung und Krieg im arabischen Raum noch nicht abgeschlossen ist, macht sichtbar, was den Protest und die Rebellion von Marginalisierten in allen Teilen dieser Welt immer schon ausgezeichnet hat: die Sehnsucht nach einem Leben in Würde jenseits von Unterdrückung und Ausbeutung.

Literaturverzeichnis

Beinin, Joel/Vairel, Frédéric (Hrsg.) (2011): *Social Movements, Mobilization, and Contestation in the Middle East and North Africa*. Stanford, California.

Haddad, Bassam/Bsbeer, Rosie/Abu-Rish, Ziad (Hrsg.) (2012): *The Dawn of the Arab Uprisings. End of an Old Order?* London/New York.

Hanieh, Adam (2013): *Lineages of Revolt: Issues of Contemporary Capitalism in the Middle East*. Chicago.

Ismail, Salwa (2013): *Urban Subalterns in the Arab Revolutions: Cairo and Damascus in Comparative Perspective*. In: *Comparative Studies in Society and History*, Vol. 55, Issue 4, S. 865 bis 894.

Jünemann, Annette/Zorob, Anja (Hrsg.) (2013): *Arabellions. Zur Vielfalt von Protest und Revolte im Nahen Osten und Nordafrika*. Wiesbaden.

Krieger, Helmut (2015): *Das Ende der Hoffnung: Revolten in der arabischen Welt als diskontinuierlicher Prozess*. In: Lakitsch, Maximilian/Steiner, Anna Maria (Hrsg.): *Gewalt für den Frieden? Vom Umgang mit der Rechtfertigung militärischer Intervention*. Beiträge zur Friedensforschung. Wien, S. 139 bis 153.

Mamdani, Mahmood (2004): *Good Muslim, Bad Muslim. America, the Cold War, and the Roots of Terror*. New York.

Pawelka, Peter (Hrsg.) (2008): *Der Staat im Vorderen Orient. Konstruktion und Legitimation politischer Herrschaft*. Baden-Baden.

Florian Kerschbaumer/Daniel Weidlitsch

Globalhistorische Perspektiven auf die Demokratie im 20. Jahrhundert

Ein gerne auf Demonstrationen verwendeter Spruch, dessen Urhebererschaft vielen historischen Persönlichkeiten zugeschrieben wird, lautet: „Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf.“ Trotz des vordergründig kaum bestreitbaren Wahrheitsgehalts dieser einem Kalenderspruch gleichkommenden Aussage und dem historischen Bewusstsein, dass liberal verfasste Gesellschaften in der Geschichte bislang eher die Ausnahme, denn die Regel darstellten, ist die oftmals beobachtbare Selbstverständlichkeit und Sorglosigkeit mit der wir unserer demokratischen Ordnung begegnen überraschend, zuweilen besorgniserregend. Darum ist das kritische Nachdenken und Reflektieren über Demokratie keineswegs eine intellektuelle Luxusübung, sondern eine notwendige Grundvoraussetzung für das Bestehen und die Weiterentwicklung derselben. Daher standen am Anfang des Workshops „Globalhistorische Perspektiven auf die Demokratie im 20. Jahrhundert“ zwei auf den ersten Blick einfache Fragen, die die TeilnehmerInnen jedoch zu vielfältigen Antworten animierten:

1. Was halten Sie für die entscheidenden Erfolgsfaktoren einer Demokratie? (Antworten der TeilnehmerInnen)





Ausgehend von diesen Antworten wurde nun der Blick auf die einschlägige Forschung und ihren Antworten auf die Fragen nach Gefahren und Erfolgsfaktoren der Demokratie gelenkt. Wenig überraschend ist dabei der Befund, dass die dort zu findenden Antworten genauso vielfältig sind, wie jene der Workshop-TeilnehmerInnen, und dass es die garantierte Erfolgsformel nicht geben kann. Daher fokussierte man in weiterer Folge auf vier Aspekte, die in der modernen Demokratieforschung als besonders entscheidend angesehen werden (vgl. Vorländer 2013, S. 42 bis 45), und reflektierte diese vertiefend anhand von Beispielen der Globalgeschichte des 20. Jahrhunderts.

Internationale Lage: Phönix Europa

Die Entwicklung demokratischer Strukturen in einer bestimmten Region ist häufig von den geopolitischen Verhältnissen abhängig. Wenn sich beispielsweise ein Land politisch verändert, so ist dieser Prozess auch für die Nachbarstaaten und, angesichts der weltweiten ökonomischen Verflechtungen, weit darüber hinaus von Interesse. Daher spielt die internationale Lage sowohl bei der Entstehung von Demokratien als auch bei ihren Niedergängen, wie an späterer Stelle am Fallbeispiel Chile nochmals verdeutlicht werden soll, eine entscheidende Rolle.

Ein besonders einprägsames Beispiel hierfür stellt Europa nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges dar. Die häufig völlig zu Recht als „Stunde Null“ bezeichnete Situation der Nachkriegszeit (vgl. z.B. Grabmayer 2015), wohnte eine prinzipielle Offenheit der politischen Entwicklung inne, die durchaus auch andere Optionen zur Folge hätte haben können, als jene die tatsächlich passiert sind. Dass sich im westlichen Teil des Kontinents schlussendlich ein demokratisches Ordnungsprinzip durchsetzen konnte, hat vielerlei Gründe. Ein gewichtiger dürfte jedoch im Interesse der Alliierten, allen voran den Vereinigten Staaten und Großbritanniens, gelegen haben, eine solche politische Transformation zu unterstützen. Um dieses Ziel zu erreichen, bediente man sich einem ganzen Bündel an Maßnahmen, von denen zwei beispielhaft hervorgehoben werden sollen.

Unter dem Schlagwort „Entnazifizierung“ fielen nicht nur die juristische Verfolgung von ehemaligen Nationalsozialisten und die (de facto nur vorübergehende) Entfernung derselben aus öffentlichen Funktionen, sondern auch ein groß angelegtes, die unterschiedlichsten Bereiche des Lebens tangierendes „Re-Education-Programm“.⁶ Darunter kumulierten umfassende, von den vier Besatzungsmächten jedoch sehr unterschiedlich motivierte und unter ideologischen Gesichtspunkten durchgeführte Reformen und Interventionen, u.a. in den Bereichen Bildung, Kultur und Medien, mit dem Ziel, demokratische Prinzipien in der Gesellschaft zu verankern. (Benz 2005)

Als populäres Erklärungsmodell für den wirtschaftlichen Aufschwung der Nachkriegszeit wird häufig ausschließlich auf den Fleiß und die Leistungsbereitschaft der österreichischen Bevölkerung rekurriert. Ein Aspekt, der nicht unwesentlich ist, aber nur einen Teil in einem großen Geflecht aus nationalen und internationalen Faktoren darstellt. (Vgl. Rathkolb 2015, S. 106f.) Zu den letzteren gehörte der auf Anregung des amerikanischen Außenministers und späteren Nobelpreisträgers George C. Marshall initialisierte und nach ihm benannte Marshallplan. Das offiziell betitelte European Recovery Program (ERP) hatte zum Ziel, umfangreiche ökonomische Wiederaufbauhilfe für Teile des zerstörten Europas zu leisten. Davon versprachen sich die Vereinigten Staaten nicht nur eine Linderung der durch den Krieg bedingten Not, sondern auch zahlreiche ökonomische Vorteile (z.B. Schaffung von Absatzmärkten), aber vor allem eine strategische Intervention im sich manifestierenden Kalten Krieg. Österreich – in stetiger Balance zwischen Neutralität und Westintegration – profitierte im Vergleich zu anderen europäischen Ländern im besonderen Maße von diesen Leistungen, die einen wichtigen Mosaikstein in der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung des Landes darstellten. (Vgl. Gehler 2009, S. 25 bis 40)

Zivile Kontrolle des Polizei- und Militärapparats: Chiles unheilbare Wunden

Während der 11. September zu einer allgemein verständlichen Chiffre für die terroristischen Anschläge auf das World Trade Center geworden ist, wird in Chile mit diesem Datum häufig etwas anderes, doch ebenso tragisches assoziiert. Am 11. September 1973 kam es in dem südamerikanischen Land zu einem Militärputsch, der unter der Füh-

⁶⁾ Die deutsche Übersetzung „Umerziehung“ stieß verständlicherweise bei den Zeitgenossen auf wenig Gegenliebe. (Vgl. Benz 2005, S. 35)

rung von Augusto Pinochet und mitunter befördert durch die Vereinigten Staaten von Amerika, die an der Entmachtung der amtierenden linken Regierung interessiert waren (Meding 2007, S. 184), eine der ältesten Demokratien des südamerikanischen Kontinents quasi über Nacht in eine Diktatur verwandelte. Pinochets Herrschaft und das repressive System konnte sich vor allem auf das Militär und die Polizei stützen, die durch die Aushebelung der Gewaltenteilung, de facto ohne zivile Kontrolle waren und somit losgelöst von jeglichen demokratischen Kontrollinstanzen agieren konnten. (Hutchison u.a. 2014, S. 433 bis 519)

Besonders entsetzlich und bis heute für das Land traumatisch waren die umgehend nach der Machtübernahme einsetzenden und bis zum Ende des Regimes andauernden Verfolgungen, Folterungen und Ermordungen von politisch Andersdenkenden und Gegnern der Diktatur. Im Zuge der historischen Aufarbeitung dieser schrecklichen Ereignisse sammelte eine Kommission zehntausende Zeugenaussagen von Opfern, die die Ungerechtigkeiten und Grausamkeiten des Regimes detailreich offenbaren. Die Berichte, die jede denkbare und undenkbbare Form von Gewalt – über Demütigungen, Stromstöße, Scheinerschießungen, Vergewaltigung bis hin zu Mord – enthalten, legen dabei ein verstörendes Zeugnis über die Abgründe menschlichen Handelns ab. (Nationale Kommission zur Untersuchung von politischer Haft und Folter 2008) Dies generierte gesellschaftliche Wunden, die auch nach Beendigung der Diktatur und der Rückkehr demokratischer Verhältnisse noch lange nicht verheilt sind, wie stellvertretend für Zigtausende ein 1974 verhafteter Mann zu berichten weiß:

„Ich habe meine Familie verloren, während ich im Gefängnis saß. Der körperliche Schmerz ist vorbei, obwohl ich eine Narbe behalten habe, aber ich fürs Leben gezeichnet [...]. Schlimmer als alles andere sind die psychischen Folgen der Misshandlungen meiner selbst und anderer Opfer, sie hinterlassen unauslöschliche Spuren, die schwer zu beschreiben sind. Es ist ein Leid, eine Art von Schmerz, der sich tief in die Seele eingegraben hat.“ (Ebd., S. 397)

Das 20. Jahrhundert ist voll von Beispielen, in dem ein unkontrollierter und entfesselter Militär- und Polizeiapparat Entsetzliches anrichtete. Dies gilt gleichsam für den ersten Abschnitt des Jahrhunderts, den der britische Historiker Eric Hobsbawm treffend als „das Katastrophenzeitalter“ beschrieben hat (2003), wie für die zweite Hälfte, in der es zahlreiche Fälle von Militärdiktaturen – wie z.B. in Indonesien 1965 (Keller 2015) – gab. Auch wenn heute die Kritik an der

öffentlichen Bürokratie als populär gilt, so sind doch die unterschiedlichsten Sphären der öffentlichen Kontrolle der Staatsmacht ein wesentlicher Garant für demokratische Verhältnisse.

Pluralistische Gesellschaft: Südafrikas Weg zur Regenbogennation

Der Begriff Apartheid steht heute synonym für das System einer absoluten „Rassentrennung“ in Südafrika, welches ab den 1940er Jahren fast alle Lebensbereiche der Menschen tangierte und bis in die 1990er Jahre Bestand haben sollte. Um die gänzliche Segregation von weißen und schwarzen Südafrikanern zu ermöglichen, wurde eine Vielzahl von Maßnahmen geschaffen: Verbot von Mischehen, ein eigenes Passwesen, um die Mobilität der schwarzen Bevölkerung zu kontrollieren bzw. einzuschränken, Separation des öffentlichen Raumes, beginnend bei Parkbänken über Postämter bis hin zu Schulen, eingeschränkte Bildungschancen für schwarze Südafrikaner, großangelegte Umsiedlungen, um eine räumliche Trennung durch eigens geschaffene Städte bzw. Stadtteile (Townships) oder speziell definierte Regionen (Homelands) für Schwarze zu gewährleisten usw. (Vgl. Marx 2004, S. 265 bis 270; Iliffe 2003, S. 377 bis 380)

Um den gewünschten Effekt dieser Schritte zu gewährleisten, erfolgte eine umfassende Klassifizierung und Registrierung der Menschen nach ethnischen Gesichtspunkten, mit zum Teil aus heutiger Sicht obskur anmutenden Mitteln.⁷ Ermöglicht wurde diese Politik vor allem durch die Siege der „National Party“ bei den Parlamentswahlen, von welchen der Großteil der schwarzen Bevölkerung ausgeschlossen war. (Iliffe 2003, S. 377) Daher stellten allgemeine und freie Wahlen eine zentrale Forderung vieler Apartheids-Gegner dar, die eindrucksvoll 1955 in der sogenannten Freiheitscharta formuliert wurden. Dort heißt es: „Jede Frau und jeder Mann sollen das Recht haben, zu wählen und für alle gesetzgebenden Körperschaften zu kandidieren. [...] Die Rechte der Menschen sollen die gleichen sein, ungeachtet der Rasse, der Hautfarbe oder des Geschlechts.“ (zit. na. Mandela 2014, S. 241) Bis diese Worte wahr werden sollten, vergingen knapp vier Jahrzehnte. Als jedoch der erste wirklich freie Urnengang im April 1994 stattfand, markierte dieser weit sichtbar das Ende der Apartheid und den Beginn einer neuen Ära. Nelson Mandela erinnerte sich rückblickend in seinen Memoiren:

⁷⁾ So soll beispielweise ein „Bleistift im Haar“-Test verwendet worden sein, bei dem der Verbleib des Schreibgerätes in der Frisur (krauses oder glattes Haar) für die Klassifizierung ausschlaggebend war. (Vörös-Rademacher 1992, S. 165)

„Die Bilder der Südafrikaner, die an jenem Tag zur Wahlurne gingen, sind in mein Gedächtnis eingebrannt. Lange Schlangen von geduldi- gen Menschen, die sich durch die schmutzigen Straßen und Gas- sen von Dörfern und Städten wanden; alte Frauen, die ein halbes Jahrhundert gewartet hatten, ehe sie zum erstenmal ihre Stimme abgeben konnten, und die erklärten, zum erstenmal in ihrem Leben fühlten sie sich als Menschen; weiße Männer und Frauen, die erklärten, sie seien stolz, doch noch in einem freien Land zu Leben. Die Stimmung der Nation während jener Wahltage war erhebend.“ (Mandela 2014, S. 826f.)

Gerade Nelson Mandela verkörperte wie kein Zweiter den für jede Demokratie notwendigen Pluralismus. Er war es auch, der in Südafrika, das häufig auch als Regenbogennation bezeichnet wird, einen, aufgrund des zahlreich erfahrenen Unrechts, schwierigen und daher wohl beeindruckenden Versöhnungsprozess initiierte, mit dem Ziel, die Gräben in der Gesellschaft zu überwinden:

„Während dieser langen, einsamen Jahre wurde aus meinem Hunger nach Freiheit für mein eigenes Volk der Hunger nach Freiheit alle Völker, ob weiß oder schwarz. Ich wußte so gut, wie ich nur irgend etwas wußte, daß der Unterdrücker genauso befreit werden mußte wie der Unterdrückte.“ (Mandela 2014, S. 835)

Gelebte Bürgergesellschaft: Nationalsozialistische Liquidierungspraxis am Beispiel Österreichs

Die Bedeutung einer freien, aktiven und pluralistischen Bürgergesellschaft für die Demokratie wurde in der Forschung immer wieder hervorgehoben (vgl. Putnam 2001) Welche Konsequenzen sich ergeben, wenn dieselbe sich auflöst oder vielmehr gewaltsam zerschlagen wird, zeigt einprägsam die Machtübernahme der Nationalsozialisten.

Der „Anschluss“ an das Deutsche Reich im März 1938 beseitigte mit der Liquidierung des bestehenden politisch-administrativen Gefüges nicht nur die Strukturen des „Landes Österreich“, sondern implizierte – ungeachtet der personalen Konsequenzen, die Verhaftungen, Entlassungen und „Säuberungen“ hervorgerufen hatten – auch die Auslöschung und Gleichschaltung vorhandener, nicht staatlicher Einrichtungen durch die Nationalsozialisten. In Zahlen ausgedrückt wurden bis zum Frühjahr 1939 etwa 110.000 Organisationen und Vereine aufgelöst; lediglich 5.000 bestanden weiterhin. (Vgl. Tálos 2000, S. 55 bis 62)

Die Grundlage für die Beseitigung von zivilgesellschaftlichen Initiativen bildete das „Gesetz über die Überleitung und Eingliederung von Vereinen, Organisationen und Verbänden“ (Gesetzblatt für das Land Österreich, Jahrgang 1938), das von den neuen Machthabern eigens geschaffen worden war, um sich über Vereinsstatuten hinwegzusetzen. Eingeleitet durch eine Phase ungeordneten Raubs beschlagnahmten die Nationalsozialisten neben Bargeld, Wertpapiere und Sparbücher auch Grundstücke und Häuser der Organisationen, sicherten sich Einrichtungsinventar und bemächtigten sich der Bibliotheken. (Vgl. Pawlowsky/Leisch-Prost/Klösch 2004, S. 22)

Insgesamt sollten die Nationalsozialisten ca. 45 % der österreichischen Vereine und Organisationen auflösen, etwa 23 % in eigene Organisationen überleiten und knapp über 30 % ihrer formalen Eigenständigkeit überlassen. (Ebd., S. 242) Dass gerade auch Einrichtungen und Institutionen der Arbeiterschaft von der gängigen Auslöschungspraxis der Nationalsozialisten betroffen waren, beweist exemplarisch die Liquidierung des Gewerkschaftsbundes der österreichischen Arbeiter und Angestellten sowie der Kammern für Arbeiter und Angestellte. Als einstige Eckpfeiler der demokratischen Ordnung Österreichs hatten sie mit 10. Juni 1938 aufgehört zu existieren und sollten erst wieder nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, in ihrer Funktion als Säulen der österreichischen Sozialpartnerschaft, in Erscheinung treten. (Weidlitsch 2015, S 109 bis 117)

Schlussbetrachtung

Die hier beschriebenen historischen Beispiele referenzieren vor allem auf relativ schnelle systemische Umbrüche. Eine akute Gefahr für die Demokratie kann aber auch von langsamen Erosionsprozessen ausgehen oder vom Verharren in Verhältnissen der „Postdemokratie“, wie es der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch beschrieben hat: Umstände, in denen sich „Langeweile, Frustration und Desillusionierung breitgemacht haben; in denen die Repräsentanten mächtiger Interessensgruppen, die nur für eine kleine Minderheit sprechen, weit aktiver sind als die Mehrheit der Bürger, wenn es darum geht, das politische System für die eigenen Ziele einzuspannen; in denen politische Eliten gelernt haben, die Forderungen der Menschen zu lenken und zu manipulieren [...]“. (Crouch 2013, S. 30)

So mannigfaltig auch die Bedrohungen sind, mit welchen der moderne demokratische Staat gerade heute konfrontiert ist, so viele Möglichkeiten gibt es jedoch auch für den Einzelnen bzw. die Einzelne, aktiv am System zu partizipieren und somit die Demokratie

mit der notwendigen Lebendigkeit zu füllen. Denn eine aktive Beteiligung am Sein der demokratischen Gesellschaft ist die beste Prophylaxe für den Erhalt derselben oder in den mahnenden Worten des ehemaligen deutschen Kanzler Willy Brandt: „Der Bürgerstaat ist nicht bequem. Demokratie braucht Leistung“. (Brandt 1973, S. 54)

Literaturverzeichnis

Benz, Wolfgang (2005): Demokratisierung durch Entnazifizierung und Erziehung. In: Informationen zur politischen Bildung 2005, Heft 259, S. 29 bis 40.

Brandt, Willy (1973): Regierungserklärung des zweiten Kabinetts Brandt/Scheel vom 18. Januar 1973, <http://library.fes.de/pdf-files/netzquelle/a88-06578.pdf> [1. März .2016].

Crouch, Colin (2013): Postdemokratie, 10. Auflage, Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Gehler, Michael (2009): Österreichs Weg in die Europäische Union, Studienverlag, Innsbruck u.a.

Grabmayer, Johannes (Hrsg.) (2015): 8. Mai 45 – Ende und Aufbruch. Wendepunkt der Kärntner ArbeiterInnenbewegung, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Kärnten, Klagenfurt.

Hobsbawm, Eric (2003): Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, 6. Auflage, DTV, München.

Hutchison, Elisabeth Quay/Klubock, Thomas Miller/Milanich, Nara B./Winn, Peter (2014) (Hrsg.): The Chile Reader. History, Culture, Politics, Duke University Press, Durham/London.

Iliffe, John (2003): Geschichte Afrikas, 2. Auflage, C.H. Beck, München.

Keller, Anett (Hrsg.) (2015): Indonesien 1965ff. Die Gegenwart eines Massenmordes. Ein politisches Lesebuch, Regiospectra, Berlin.

Mandela, Nelson (2014): Der lange Weg zur Freiheit. Autobiographie, 20. Auflage, Fischer, Frankfurt am Main.

Marx, Christoph (2004): Geschichte Afrikas. Von 1800 bis zur Gegenwart, Ferdinand Schöningh, Paderborn u.a.

Meding, Holger M. (2007): Unausweichliche Konfrontation: Die latein-amerikanische Staatenwelt und die USA. In: Bernecker, Walther L./Kaller-Dietrich, Martina/Potthast, Barbara/Tobler, Hans Werner (Hrsg.) (2007): Lateinamerika 1870 – 2000. Geschichte und Gesellschaft, Promedia, Wien, S. 171 bis 189.

Nationale Kommission zur Untersuchung von politischer Haft und Folter (Hrsg.) (2008): »Es gibt kein Morgen ohne Gestern«. Vergangenheitsbewältigung in Chile, Hamburger Edition, Hamburg.

Pawlowsky, Verena / Leisch-Prost, Edith / Klösch, Christian (2004): Vereine im Nationalsozialismus. Vermögensentzug durch den Stillhaltekommissar für Vereine, Organisationen und Verbände und Aspekte der Restitution in Österreich nach 1945, Oldenbourg, Wien u.a.

Putnam, Robert D. (Hrsg.) (2001): Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Rathkolb, Oliver (2015): Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2015, Paul Zsolnay, Wien.

Tálos, Emmerich (2000): Von der Liquidierung der Eigenstaatlichkeit zur Etablierung der Reisgaue in der „Ostmark“. Zum Umbau der politisch-administrativen Struktur. In: Tálos, Emmerich/Hanisch, Ernst/Neugebauer, Wolfgang/Sieder, Reinhard (Hrsg.) (2000): NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, öbv & hpt, Wien, S. 55 bis 72.

Vorländer, Hans (2013): Erfolgs- und Risikofaktoren für Demokratien. In: Informationen zur politischen Bildung, 2013, Heft 284, S. 42 bis 51.

Vörös-Rademacher, Hildegard (1992): Südafrika im Geschichtsunterricht. In: Rüsen, Jörn/Vörös-Rademacher, Hildegard (Hrsg.) (1992): Südafrika. Apartheid und Menschenrechte in Geschichte und Gegenwart, Centaurus, Paffenweiler, S. 126 bis 206.

Weidlitsch, Daniel (2015): Von der Geschichte der Deutschen Arbeitsfront (DAF) bis zur Wiedererrichtung der Arbeiterkammer Kärnten. In: Grabmayer, Johannes (Hrsg.) (2015): 8. Mai 45 – Ende und Aufbruch. Wendepunkt der Kärntner ArbeiterInnenbewegung, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Kärnten, Klagenfurt, S. 85 bis 117.

Kurzbiographien der AutorInnen bzw. ReferentInnen



Katerina Anastasiou, ist Koordinatorin der Initiative „change4all“. Die geborene Athenerin lebt und arbeitet seit 12 Jahren in Wien. Sie engagiert sich in mehreren „grass-roots“ Bewegungen und ist Mitbegründerin der Gruppe „solidarity4all.vienna“ und „Griechenland Entscheidet“. Beide Gruppen setzen sich mit den Folgen der Austeritätspolitik und der aktuellen Situation in Griechenland auseinander, mit Fokus auf eine alternative Kommunikation der Krise, um kritische Information abseits des Mainstreams zu verbreiten. Sie besucht meist die ländlichen Regionen in Griechenland und hat die Entwicklung seit der Übernahme der Syriza-Regierung eng verfolgt und analysiert.



Dr. phil. Dipl.-Päd. Helmut Arnold, FH-Prof. für Soziale Arbeit an der Fachhochschule Kärnten seit 2008, Arbeitsschwerpunkte:

Handlungsfelder Sozialer Arbeit im Erwachsenenalter, europäische Sozialstaatsentwicklung und Arbeitsmarktpolitik. Probleme gesellschaftlicher Marginalisierung durch Armut und Arbeitslosigkeit stehen im Zentrum der wissenschaftlichen Tätigkeit: Studien zur Regionalentwicklung in strukturschwachen Gebieten, praktische Umsetzung mehrerer EU-Förderprogramme als Koordinator; zuletzt Evaluation des „Kärntner Programms für arbeitsmarktfremde Personen“ im Auftrag der Kärntner Landesregierung. Ergebnisberichte im Netz abrufbar.
E-Mail: h.arnold@fh-kaernten.at



Mag. Florian Kerschbaumer, Historiker. Lehrbeauftragter an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt. Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte:

Internationale Geschichte, Geschichte sozialer Bewegungen, historische Netzwerkforschung und Politische Bildung.



Mag. (FH) Mag. phil. Martin Klemenjak, Inhaber der Professur für Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Erwachsenenalter und Erwerbsleben an der Fachhochschule Kärnten in Feldkirchen; Lektor an der Fachhochschule Salzburg, Master-Studiengang „Innovationsentwicklung im Social-Profit-Sektor“ in Puch/Urstein; Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Berufsbildung (Schwerpunkt Lehrlingsausbildung), Erwachsenenbildung (Schwerpunkt Politische Bildung), Betriebliche Sozialarbeit (Schwerpunkt Organisations- und Personalentwicklung).



Dr. Helmut Krieger, Politikwissenschaftler und Soziologe, Projektmitarbeiter und Lehrbeauftragter am Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien. Daneben

arbeitet er noch als Konsulent für das Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation (VIDC). Forschungsschwerpunkte: der israelisch-palästinensische Konflikt, Bewegungen des politischen Islam in der arabischen Welt, kritische Staatstheorien und postkoloniale Theoriebildung. Aktuelle Veröffentlichung: Umkämpfte Staatlichkeit. Palästina zwischen Besatzung, Entwicklung und politischem Islam. Wiesbaden: VS-Verlag.



Mag. phil. Heinz Pichler,
Bildungsexperte und
Erwachsenenbildner in
der Kammer für Arbeiter
und Angestellte in
Kärnten; Vortragender an
den Kärntner Gewerk-

schaftsschulen, der FH Kärnten und der
Universität Klagenfurt. Nebenberufliches
Engagement u. a. im sozialökonomischen
Beschäftigungsprojekt „Zweirad Impulse“
sowie Gründungsmitglied und Vorstand
beim „Kärntner Netzwerk gegen Armut
und soziale Ausgrenzung“.



**Mag.ª Josefine
Scherling, MA** Bildungs-
wissenschaftlerin an der
Pädagogischen Hoch-
schule Kärnten, Viktor
Frankl Hochschule;
Lektorin am Zentrum für

Friedensforschung und Friedenspäda-
gogik der AAU Klagenfurt; Arbeits- und
Forschungsschwerpunkte: Politische
Bildung, Menschenrechtsbildung, Global
Citizenship Education.



**Dr. Stephan Schul-
meister**, Jahrgang 1947,
Studium der Rechts-
und Wirtschaftswissen-
schaften, Universitäts-
lektor und selbständiger
Wirtschaftsforscher,

1972 bis 2012 Mitarbeiter am Österrei-
chischen Institut für Wirtschaftsforschung
(WIFO). Forschungsschwerpunkte:
Spekulation auf den Finanzmärkten und
ihre realwirtschaftlichen Konsequenzen,
Einfluss des Zinsniveaus auf Wirt-
schaftswachstum, Beschäftigung und
Staatsverschuldung, Analyse der länger-
fristigen Entwicklung der Weltwirtschaft.
Lehrtätigkeit an der Universität Wien
und der Wirtschaftsuniversität Wien.



**MMag.ª Dr.ª Kathrin
Stainer-Hämmerle**,
geb. 1969 in Hohenems,
Politik- und Rechts-
wissenschaftlerin an den
Universitäten Innsbruck
und Klagenfurt (IFF),

seit 2009 Professorin für Politikwissen-
schaft an der Fachhochschule Kärnten.
Lehraufträge u.a. an der Universität
Klagenfurt, Graz, Donau Universität
Krems zuvor Steuerung des Master-
Lehrgangs Politische Bildung in
Kooperation mit der Donau Universität
Krems, Mitglied des Leitungsteams
des ULG Politische Bildung/MSc-
Programmes. Vorstandsmitglied des
Business Frauen Center Kärnten und
stellvertretende Vorsitzende bei der
Interessensgemeinschaft für Politische
Bildung. Studien und Publikationen im
politischen Sektor. Aktuelle Publikation:
Handbuch Gemeindepolitik,
Verlag Österreich: Wien.



Mag. Daniel Weidlitsch,
Historiker, Koordinator
und wissenschaftlicher
Mitarbeiter am Institut
für die Geschichte der
Kärntner Arbeiter-
bewegung (IGKA),

Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte:
Geschichte der ArbeiterInnenbewegung,
Austrofaschismus, Nationalsozialismus.



**MMag.ª Katharina
Zimmerberger**,
Projektkoordinatorin
an den Kärntner Volks-
hochschulen seit 2012.
Zuvor Trainerin/Sozial-
pädagogin in der Er-

wachsenenbildung. Arbeitsschwerpunkte:
Erwachsenenbildung insb. Basisbildung
und Nachholen grundlegender Formal-
abschlüsse.

Diese Ausgabe der Schriftenreihe „Arbeit & Bildung“ wurde in Kooperation mit dem Studiengang Soziale Arbeit der Fachhochschule Kärnten, der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, der Pädagogischen Hochschule Kärnten – Viktor Frankl Hochschule, dem Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung und den Kärntner Volkshochschulen erstellt.

ISBN-Nr.: 978-3-200-01985-0

Impressum:

Herausgeber, Medieninhaber und Verleger:
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Kärnten
9021 Klagenfurt am Wörthersee, Bahnhofplatz 3

Mag. Martin Klemenjak
Mag. Heinz Pichler

Die Verantwortung für die einzelnen Beiträge
liegt bei den jeweiligen AutorInnen.

Gestaltung: GAPasterk. Druck: Carinthian Druck
Juni 2016